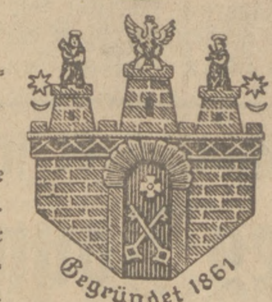
Posener Tageblatt

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 3 Rm einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illustr. Beilage 0,40 zł

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100% Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6275, 6105. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 212822 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutschland: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań

70. Jahrgang — Mittwoch, 18. Februar 1931 — Nr. 39

Heute:

Das Urteil
Der Warschauer Attentatsprozeß
Die Begründung

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 17. Februar.

Gestern nachmittag ist das Urteil im Prozeß gegen die fünf Sozialisten gesprochen worden, die angeklagt waren, einen Attentatsversuch auf Marschall Piłsudski eingeleitet zu haben. Die drei Beschuldigten Jagodziński, Trochiminowicz und Białkowski wurden zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die beiden anderen Beklagten, darunter der ehemalige Sejmabgeordnete Dzięgielewski, kamen frei. Das Gericht hat erkannt, daß Jagodziński bei Unterstützung von Trochinowicz und Białkowski eine Vereinigung gebildet habe, um irgendein Verbrechen zu begehen, und zwar hätte ein hochgestellter Würdenträger getötet werden sollen, wobei nach den Hinweisen Jagodzińskis auch Marschall Piłsudski in Frage hätte kommen können. Die Tätigkeit der Beschuldigten beschränkte sich jedoch allein auf die Schaffung eines Vereins, auf Zusammenkünfte, Meinungsaustausch und Erprobung der eigenen Aktionsfähigkeit. In dieser verbrecherischen Absicht wären die drei verharrt, bis zum Augenblick ihrer Arretierung, wobei Trochimowicz und Białkowski die subjektive Ueberzeugung gehabt hätten, daß es sich hier um die Tötung des Marschalls Piłsudski handele.

Diese ganze, etwas komplizierte Rechtsbegründung ist wohl dahin zu reduzieren, daß das Gericht die drei Verurteilten deshalb schuldig befand, Vorbereitungen zu einem terroristischen Anschlage getroffen zu haben, ohne aber zur Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die Angeklagten auch tatsächlich die Absicht gehabt hatten, eine solche terroristische Aktion durchzuführen.

So ist also von dem Anschlag gegen Marschall Piłsudski, der mit so viel Lärm von der Regierungspresse in der Vorwahlzeit ausgetrommelt wurde, nur sehr wenig übrig geblieben. Es ist charakteristisch, daß das Gericht der Bitte der Verteidigung sofort nachkam, die drei Verurteilten gegen eine Kaution freizulassen. Das Gericht begnügte sich hierbei mit der relativ niedrigen Summe von 1000 Złoty für jeden. Damit ist dieser sog. Attentatsprozeß erledigt.

Ratifizierte Abkommen

Warschau, 17. Februar.

Gestern 1 Uhr mittags erfolgte im hiesigen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Austausch der Ratifizierungsdokumente von drei deutsch-polnischen Verträgen zwischen dem Außenminister August Zaleski und dem deutschen Geschäftsträger Emil von Rintelen. Es handelt sich hierbei um folgende Abkommen: 1. deutsch-polnisches Aufwertungsabkommen, das am 5. Juli 1928 in Berlin unterzeichnet wurde, 2. deutsch-polnisches Abkommen über die Sparkassen, unterzeichnet in Berlin am 14. Dezember 1928 und 3. das Abkommen über die Regelung der Rechtsverhältnisse in der Posener Pfandbriefanstalt, das ebenfalls in Berlin am 14. Dezember 1928 unterzeichnet worden ist.

Hoher Reingewinn

Warschau, 17. Februar.

Wie der „Expreß Poranny" mitteilt, soll der Reingewinn der Landeswirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego) für das vergangene Jahr 12 Millionen Złoty betragen. Hiervon muß auf Grund der verpflichtenden Vorschriften ein Viertel dem Staatsschatz abgeführt werden. Die Bilanz für das vergangene Jahr soll Ende dieses Monats in einer Bankratssitzung bestätigt werden.

Das Volksschulwesen

Warschau, 17. Februar.

Gestern hat beim Ministerpräsidenten Sławek eine Konferenz stattgefunden, die den Bedürfnissen des Volksschulwesens gewidmet war. Vor allem galt die Konferenz den Schwierigkeiten, die wachsende Kinderzahl in den zum Teil ungenügenden Schulgebäuden und Klassenzimmern unterzubringen. An der Konferenz nahmen noch teil der Vizepremier Pieracki, Unterrichtsminister Czerwiński, Finanzminister Matuszewski und die beiden Vizeminister Zongołłowicz und K. Pieracki.

Festgenommene Spione

Warschau, 17. Februar.

Wie der „Kurjer Poranny" berichtet, soll in Wilna angeblich eine weitverzweigte Spionageaffäre aufgedeckt worden sein. Zahlreiche Arretierungen sind im Augenblick vorgenommen worden, als ein wichtiges die militärische Sicherheit des Staates betreffendes Dokument in die Hand einer Person gefallen war, die im Dienste eines fremden Staates steht. Die Verhafteten sind in das Gefängnis von Łukiszki geschafft worden. Vorläufig werden mit Rücksicht auf die Untersuchung noch keine näheren Mitteilungen gemacht.

Die aktuelle Minderheitenfrage
Ungarn und die Tschechoslowakei
Debatte Benesch — Bethlen

P.R. Berlin, 16. Februar.

Mit großem Interesse wird hier die neueste Spannung zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei verfolgt. Die erregte Debatte zwischen Benesch und Bethlen über die Lage der tschechoslowakischen Minderheit in Ungarn vermindert alle Hoffnungen auf eine Beilegung des ungarisch-tschechischen Zollkrieges und macht einen neuen Strich durch die Bestrebungen Polens und der südosteuropäischen Staaten Ungarn und die Tschechoslowakei in einen Agrarblock zu vereinigen. Andererseits macht diese Spannung die gesamte Minderheitenfrage, wenn auch von einer anderen Seite, immer aktueller. Zieht man hierbei in Betracht, daß Deutschland in Zukunft sich intensiver als bisher die Verteidigung der deutschen Minderheiten in den südosteuropäischen Staaten in die Hand nehmen will, und daß auch Ungarn einen Vorstoß, die Behandlung der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei betreffend, vorbereitet, so wird man damit rechnen können, daß die nächste Ratstagung des Völkerbundes, auf deren Tagesordnung bekanntlich die ukrainischen Beschwerden vorgebracht werden sollen, den Auftakt zu recht lebhaften Erörterungen der Minderheitenfrage in den Kabinetten, zwischen den Regierungen und in der Presse abgegeben werden.

Ghandi will den Frieden
Die wichtigsten Forderungen

London, 17. Februar. (R.) Der indische Führer Gandhi betonte in einem Telegramm an das Blatt der regierenden englischen Arbeiterpartei nochmals seinen Friedenswillen. Er erklärt aber, er müsse unbedingt auf der Forderung bestehen, daß das indische Volk sein eigenes Heer habe und selbst die Finanzen des Landes kontrolliere. In einem Leitartikel bringt das Blatt der regierenden englischen Arbeiterpartei seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die unmittelbar bevorstehende Unterredung zwischen Gandhi und dem Vizekönig, dem obersten englischen Verwaltungsbeamten in Indien, trotz den noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten von Erfolg begleitet sein möge.

Wie weiter aus London berichtet wird, wollen konservative Parlamentsmitglieder die englische Regierung ersuchen, eine zweitägige Parlamentsaussprache über die Indienpolitik herbeizuführen.

Die Arbeitslosenkrise in Deutschland

P.R. Berlin, 16. Februar.

Die Regierung bemüht sich, die Arbeitslosenfrage einer Lösung entgegenzuführen. Es scheint sich endgültig der Gedanke durchgerungen zu haben, daß die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosenkrise zu überbrücken, in der Einführung der verkürzten Arbeitszeit liegt. Auf die deutsche Zigarettenindustrie ist jetzt die Metallindustrie mit Einführung der verkürzten Arbeitszeit gefolgt. Zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Angestelltenorganisationen ist ein Abkommen getroffen worden, mit dem den Firmen anheimgestellt wird, die Fünftage-Woche einzuführen. Es ist jedoch noch nicht entschieden, ob die Betriebe zur Fünftage-Woche übergehen oder einen spätern Arbeitsbeginn und früheren Arbeitsschluß in der Sechstage-Woche einführen wollen. Die A. E. G. hat schon die Arbeitszeit für die Angestellten eine Stunde später angesetzt und das Ende des Dienstes auf eine halbe Stunde früher als bis jetzt. Die Angestellten arbeiten 8½ Stunden weniger in der Woche als bisher. Für die Arbeiterschaft gilt die gleiche Arbeitskürzung, nur sind die ausfallenden 8½ Werkstunden auf einen einzigen Tag zusammengezogen. Praktisch ist damit die Fünftage-Woche eingeführt. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll dazu beitragen, daß nunmehr Entlassungen von Angestellten und Arbeitern in der Metallindustrie in größerem Maßstabe nicht mehr erfolgen. Man hofft, daß Arbeitslose neueingestellt werden können. Wenn auch die Ergebnisse dieser Maßnahmen nicht endgültig zu überblicken sind, so weist die Einführung der Fünftage-Woche doch darauf hin, daß man in ihr die einzige Möglichkeit sieht, die Arbeitslosigkeit zu mindern und da hier große Betriebe vorangegangen sind, so ist wohl zu erwarten, daß das System Schule macht und sich über ganz Deutschland erstreckt.

Der Friedensgedanke
Die Welt gewöhnt sich langsam daran

London, 17. Februar. (R.) Der englische Außenminister Henderson veröffentlich einen Artikel in dem Blatt der regierenden englischen Arbeiterpartei. Henderson stellt darin fest, daß die Welt sich langsam an den Friedensgedanken gewöhne. Weiter erklärt der englische Außenminister, daß es seiner Ueberzeugung nach Kriege nicht mehr geben werde. Seine Besuche in Genf hätten ihm gezeigt, daß die Besprechungen der Außenminister der beste Weg seien, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Deshalb beginne auch in Genf der wahre Völkerbundsgedanke sich durchzusetzen.

Freigabe des Flugzeugs von Gruse

Das Flugzeug des deutschen Fliegers Hans Gruse, der bekanntlich auf polnischem Gebiet notlanden mußte, ist nach Ławica gebracht worden, von wo es auf Anordnung des Staatsanwalts an die Grenze geschafft wird.

Notlandung

Wie aus Tarnopol gemeldet wird, waren gestern drei Militärflugzeuge des 6. Fliegerregiments in Lemberg wegen Nebels gezwungen, eine Notlandung vorzunehmen. Einer der Apparate ist zertrümmert worden, während die Besatzung erhebliche Verletzungen davontrug. Die beiden verletzten Offiziere wurden nach Lemberg gebracht.

Deutschlands Außenpolitik

Von unserem Korrespondenten
Paul Ring

P. R. Berlin, den 15. Februar.

Mit der Rheinlandräumung war die erste Etappe der deutschen Nachkriegs-Außenpolitik zu Ende. Ohne Zweifel waren die Pläne Stresemanns auf weitere Sicht berechnet. Dieses geht schon daraus hervor, daß er sich im jetzigen Außenminister Dr. Curtius einen Testamentsvollstrecker bestellte. Trotzdem Curtius öfters betont hat, daß seine Politik sich in den von Stresemann gelegten Geleisen bewege, waren schon seine ersten Schritte auch im Regierungslager umstritten. Dies vor allem, weil sein erster Schritt schon einen i-Punkt auf den bevorstehenden Vorstoß setzte: kurz nach Antritt seines Postens stellte Curtius in einem Memorandum fest, daß Deutschland sich wieder der Sowjet-Union nähern müsse, da es im Westen kein Verständnis für seine Wünsche, insbesondere in Bezug auf die Regelung des Ost-Problems, finde.

Diese Forderung, unterstrichen durch den nationalsozialistischen Wahlsieg, bewirkte eine wütende Gegen-Offensive des Westens, insbesondere Frankreichs, die nicht zuletzt in einer für die deutsche Wirtschaft recht empfindlichen Zurückziehung der Kredite zum Ausdruck kam. Wie die letzte Genfer Tagung gezeigt hat, konnte der französische Druck die neuen Grundlinien der deutschen Außenpolitik nicht ändern. Mehr, trotzdem Briand, die Zwecklosigkeit der französischen Drohung einsehend, sich schon in Genf grundsätzlich zu einer entgegenkommenderen Politik gegenüber Deutschland entschloß, die dann auch in einem neuen Kredit zum Ausdruck kam, ließ sich Curtius, wie seine letzte Rede im Reichstag bewies, auch nicht um des Haares Breite von dem einmal ins Auge gefaßten Ziel abbringen. Nach dieser Rede stellt sich das Programm der deutschen Außenpolitik in schärfster Klarheit in diesen drei Punkten dar: 1. Lösung der Ost-Fragen; 2. Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstung; 3. Forderung an den Westen einer grundsätzlichen Umorientierung im Reparationsproblem.

*

In der pan-europäischen Debatte, die in Genf dem deutsch-polnischen Austrag voranging, war der Bericht des Holländers Collijns bemerkenswert, der feststellte, daß Europa unmittelbar vor einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe stehen würde, wenn nicht Maßnahmen zu einem rationelleren Warenaustausch zwischen den europäischen Staaten getroffen werden könnten. Auch in Deutschland steht man durchaus auf dem Standpunkt, daß der heutige Zustand in Europa praktisch einem Wirtschaftskrieg gleichkommt. Ausgehend von der Feststellung, daß das Bestreben der beiden größten Wirtschaftsmächte, Amerikas wie Englands, auf die Herstellung regionaler Absatzmärkte abziele, im ersteren Falle durch Einbeziehung Südamerikas, im zweiten durch eine Zoll-Union mit den Dominien, glaubt man auch in maßgebenden deutschen Kreisen, daß der Zusammenschluß Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftssystem der einzige Ausweg aus der Misere ebenso für die Agrar- wie für die Industriestaaten ist. Aber solange gewisse ungelöste politische Fragen ein unüberbrückbares Hindernis, auch für die Wirtschaftsverständigung Deutschlands mit dem Osten, bilden, solange das abgerüstete Deutschland von einem Ring aufgerüsteter Staaten umschlossen bleibt, solange die Tri-

butzahlungen die Lage des deutschen Volkes derjenigen eines ausgebeuteten Kolonialvolkes ähnlich erscheinen lassen, solange, wie der deutsche Außenminister das in seiner Rede ausdrückte, man das neue Europa auf der Grundlage der schwersten deutschen Niederlage aufbauen wolle, bleibt die deutsch-französische Zusammenarbeit, die einzig und allein das Fundament zu einem Wiederaufbau Europas bilden könnte, unmöglich.

*

Die Rede des deutschen Außenministers hat in Paris ein recht scharfes Echo gehabt. Trotzdem gibt es keine Anzeichen dafür, daß die französische Regierung von ihrer versöhnlichen Haltung gegenüber Deutschland abgehen will. Im Gegenteil, der wahrscheinlich inspirierte Sauerwein hat im „Matin" alle Angriffe der Nationalisten gegen die Beteiligung Frankreichs an Krediten für Deutschland zurückgewiesen, und Pertinax hat im „Echo de Paris" vorausgesagt, daß noch weitere französische Kredite für Deutschland bevorständen. Gleichzeitig ist aus London in die deutsche Presse eine Meldung lanciert worden, die in etwas phantastischer Weise von einem bevorstehenden Entgegenkommen Polens gegenüber Deutschland in der Korridorfrage wissen wollte. Diese Meldung ist in gewissem Sinne schon dadurch widerlegt worden, daß just im selben Augenblick Polen in Verhandlungen mit Rußland eintrat, die den Abschluß eines Neutralitätsvertrages zum Ziele haben, wobei Zaleski kategorisch erklärt hat, daß Polen in der Korridorfrage durchaus an seinem Standpunkt festhalte. Auch Frankreichs Vorschläge in bezug auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland werden zum Teil schon dadurch illusorisch, daß das Projekt einer Agrarkreditbank, das zuerst auf der Warschauer Agrarkonferenz auftauchte, gerade jetzt in Genf reale Formen angenommen hat. Loucheur hat es übernommen, diese Bank zu organisieren, die den osteuropäischen Staaten landwirtschaftliche Hypothekenkredite vermitteln soll. Wenn auch die grundsätzliche Vorbedingung an diese Kredite geknüpft werden wird, daß sie nicht anderen, z. B. Rüstungszwecken, dienstbar gemacht werden, wenn auch der Plan besteht, Deutschland an diesen Krediten zu beteiligen, so ist es doch offensichtlich, daß dieser Plan in den Rahmen der Anti-Sowjetdumping-Kampagne gehört, und daß auch damit die französische Front in den kommenden Wirtschaftsverhandlungen des Europa-Ausschusses gestärkt werden soll, zu denen bekanntlich auf deutschen und italienischen Wunsch Rußland und die Türkei eingeladen worden sind.

*

Das gleichzeitige Entgegenkommen der Mächte gegenüber Deutschland und die steigende Intensität des Abwehrkampfes gegen Rußland werden durch den Umstand interessant, daß im Sommer dieses Jahres das Berliner Abkommen des Jahres 1926 zwischen Deutschland und Rußland, das in erster Linie die Verlängerung der Rapallo-Abmachungen enthielt, erlischt. Damit werden die Gründe klar, die Frankreich und England zu einem Entgegenkommen gegenüber Deutschland bestimmen. Hierdurch erhält man auch einen Blick auf die Kulissen, hinter denen Gerüchte über ein bevorstehendes Entgegenkommen Polens in den deutsch-polnischen Streitfragen entstehen. Es war selbstverständlich, daß Curtius in seiner Rede diese Bestrebungen der Westmächte nicht einmal streifte. Immerhin mußte bemerkenswert erscheinen, daß er das deutsch-russische Verhältnis kaum erwähnte. Dagegen betonte er in aller Schärfe die deutschen Forderungen, trotzdem sie als bekannt vorausgesetzt werden durften, wobei er seinen Worten besonders dadurch Nachdruck verlieh, daß er die Möglichkeit eines zukünftigen Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund nicht ausschloß. Dies könnte naturgemäß nur in dem Falle eintreten, wenn Deutschland endgültig an der Möglichkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit verzweifelt und sich zu einem engeren Zusammengehen mit Italien und Rußland entschließt. Man sieht, daß sich Deutschland vielleicht einem Wendepunkt seiner Außenpolitik nähert. Wenn auch von vornherein mit einer Verlängerung des Berliner Abkommens zu rechnen ist, wenn auch dieses der Tradition der deutschen Außenpolitik der letzten Zeit entsprechen und durchaus noch keine Abkehr von England und Frankreich bedeuten würde, so werden doch die nächsten Monate, die die deutsch-russischen Verhandlungen über die Verlängerung des Berliner Abkommens bringen müssen, eine gewisse Schlüsselbedeutung für die europäische Mächtekonstellation der nächsten Zukunft bilden. In der großen deutschen Provinzpresse hat deshalb schon eine erbitterte Diskussion zur künftigen deutschen Rußlandpolitik und ihren möglichen weltpolitischen Auswirkungen begonnen. In einem nächsten Artikel soll dieses wichtigste Gegenwartsproblem der deutschen Außenpolitik behandelt werden.

Der Goldwert steigt

Revision des Young-Plans?

Amerikanische Festst-llung

P.R. Berlin, 16. Februar.

Bekanntlich wird deutscherseits der Standpunkt vertreten, daß man sich schon deshalb mit dem Gedanken einer Revision des Young-Planes vertraut machen müsse, da in der Zwischenzeit der Goldwert um 20 Prozent gestiegen sei. Zieht man die letzte Feststellung Dr. Curtius' in Betracht, daß „nie eine deutsche Regierung eine Garantie für die Erfüllbarkeit des Young-Planes übernommen" habe und stellt man sich auf Grund dieser und anderer maßgebender deutscher Stellen auf den Standpunkt, daß die Inangriffnahme einer Revision des Young-Planes vor allem davon abhänge, ob es sich nicht angesichts der allgemeinen weltwirtschaftlichen Verknüpfung als unerfüllbar herausstellt, so kann man wohl diese deutsche Feststellung, daß der Goldwert sich geändert habe, als ersten praktischen Vorstoß in der Young-Plan-Revisionsfrage betrachten. Es dürfte nun nicht ohne Interesse sein, daß das amerikanische Wirtschaftsdepartement und auch das Schatzamt der Vereinigten Staaten soeben in einer Veröffentlichung aufzeichnen, daß der Goldwert in Warenpreisen ausgedrückt in der Zeit vom Juni 1929 bis zum Januar 1931 um 21 Prozent gestiegen sei, und auch weiterhin im Steigen begriffen ist.

Allerdings wird amerikanischerseits betont, daß der Young-Plan keine Anpassung der Reparationslasten an veränderte Verhältnisse vorsieht und daß er vor allem keine Goldklausel enthält. Diese doppelte Feststellung einerseits, daß die Verhältnisse sich geändert haben, andererseits die hartnäckige Forderung einer Weitererfüllung beleuchtet in denkbar krasser Weise die Stimmung Onkel Sams, der sich gegen alles Zureden zärtlicher Verwandten durch krampfhaftes Festhalten an seinem gespickten Geldbeutel wehrt.

In diesem Zusammenhang erhalten auch die Debatten der letzten Tage zur

Kriegsschuldfrage,

die im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats stattfanden, ihren besonderen Anstrich. Nachdem der Vertreter der Farmer Labour Party im amerikanischen Senat erneut die Kriegsschuldfrage aufgerollt hat, ist der Beschluß des amerikanischen protestantischen Kirchenverbandes und die damit zusammenhängende Rede des Kardinals von Boston, mit denen die deutsche Alleinschuld abgelehnt wurde, nochmals unterstrichen worden. Die Initiative einseitiger amerikanischer Kreise in dieser Frage hatte die Wirkung zur Folge, daß von seiten der Bankierkreise eine scharfe Gegenpropaganda einsetzte, die den Beweis zu erbringen versucht, daß Deutschland die alleinige Schuld am Weltkriege trägt. **Dieser „moralische Vorstoß" der amerikanischen Bankiers geht in seinen Gefühlen sicherlich auf die sehr praktische Erwägung zurück, daß eine Befreiung Deutschlands von der Kriegsschuld, zum mindesten eine teilweise Befreiung von den Zahlungen nach sich ziehen müßte.** Hierauf sind wohl die in der letzten Zeit in der amerikanischen Presse erschienenen Erklärungen, zum Teil wissenschaftlicher Art, zurückzuführen, in denen „nachgewiesen" wird, daß Deutschland die alleinige Schuld am Weltkriege habe. Es ist wohl auch kein Zufall, daß gerade jetzt in der amerikanischen Presse die deutschfeindlichen Kriegserinnerungen Pershings erscheinen. Vor kurzem noch erklärte der einflußreiche republikanische Senator Reed im Senat, man brauche mit Deutschland kein allzu großes Mitleid haben, denn die Reparationen „seinen die einzige Strafe für den Krieg, den es über die zivilisierte Welt hat hereinbrechen lassen". So bedauerlich derartige Stimmungen vom deutschen Standpunkt aus sein müssen, so wenig können sie darüber hinwegtäuschen, daß **sie nur eine Abwehr gegen die auch in Amerika immer stärker werdenden Bestrebungen einer Revision des Young-Planes und einer Neuaufrollung der Kriegsschuldfrage sind.**

Was bringt die Zukunft

Der Umsturz in Spanien

Die Bedeutung für Europa

(Telegramm unserer Berliner Redaktion.)

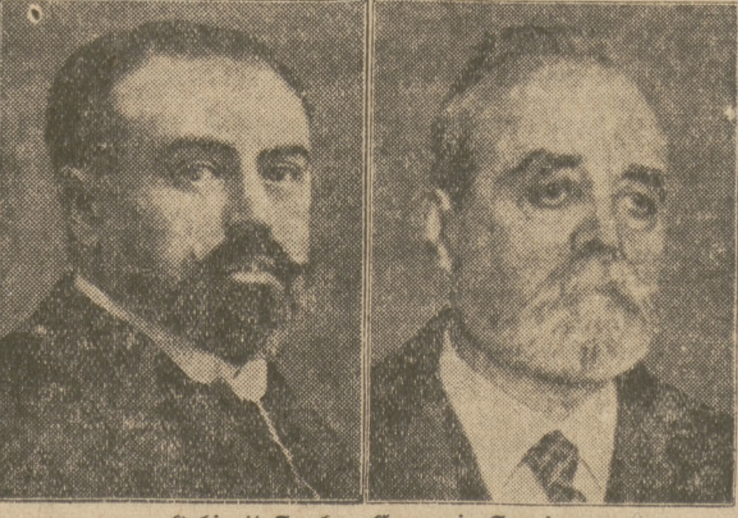
P.R. **Berlin**, 17. Februar.

Der Umsturz in Spanien beschäftigt die öffentliche Meinung mehr, als sonst derartige Ereignisse zu beschäftigen pflegen. Er ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Berufung des Republikaners Sanchez Guerra durch den König Alfons, nachdem die Diktatur vollkommen abgewirtschaftet hat, auch innenpolitisch gesehen, eine gewisse außenpolitische Bedeutung haben muß. Schon als vor einem Jahre Primo de Rivera abdanken mußte, wurde das als Besserung der Lage in Spanien bezeichnet. Wenn auch der König, der sich bisher als kein Anhänger einer Linksregierung bezeichnete und als der spiritus rector der Diktatur Primos betrachtet wird, sich dennoch entschloß, Sanchez Guerra mit der Regierung zu betrauen, der seinerseits die Unterstützung bei den Republikanern und Sozialisten sucht und die im Gefängnis sitzenden Revolutionäre auf die Ministersessel erheben will, so kann es keinen besseren Beweis dafür geben, wenn überhaupt Vergleiche von einem Staate zum anderen möglich sind, daß die Regierungsform der Diktatur weder eine Regierungsform ist, die von langer Dauer sein kann, noch eine Regierungsform, die aus den Schwierigkeiten hinauszuführen imstande ist, wenn die Schwierigkeiten auch durch Mißbräuche des parlamentarischen Systems hervorgerufen wurden.

Der „Tag" sagt zu dem Umsturz in Spanien, man dürfe annehmen, daß das neue Ministerium alles tun werde, um einen ihm genehmen Wahlausfall zu gewährleisten und nach Möglichkeit eine revolutionäre Mehrheit zu gewinnen. Die engen Verbindungen der neuen Männer nach Frankreich geben zudem gewisse Fingerzeige für die Richtung der künftigen Außenpolitik Spaniens, die weltpolitisch in ihrer Bedeutung nicht zu unterscheiden sei.

Der „Vorwärts" nennt den Schritt des spanischen Königs einen Verzweiflungsschritt. Eine schlimmere Demütigung für Alfons XIII. scheine kaum denkbar. Der von ihm beauftragte Mann habe sofort mit den im Gefängnis sitzenden Sozialisten und Republikanern unterhandelt. Indessen haben die Gefangenen es abgelehnt, ihre Zellen mit den Ministersesseln zu vertauschen, solange sie nach außen hin noch als Minister des Königs gelten. Die Sozialisten und die Republikaner gehen nach der Meinung des sozialistischen Blattes jetzt aufs Ganze. Sie seien überzeugt, daß sie ein gewonnenes Spiel hätten, nachdem die Volksstimmung den König zur Berufung Sanchez Guerras gezwungen habe. In der Tat erscheine es so, daß dieser Schritt zu spät erfolge. Vielleicht hätte Alfons noch vor einem halben Jahre durch Berufung seiner Gegner den Thron retten können. Heute sei es kaum denkbar, daß man sich für die Erhaltung der Dynastie aussprechen werde.

Der gewöhnlich gut informierte Korrespondent des „Berliner Tageblatts" glaubt, daß eine Beteiligung der Führer der Linken an dieser Regierung nicht in Frage käme. Den entscheidenden Schritt habe Sanchez Guerra getan, indem er Alvarez zur Teilnahme an der Kabinettsbildung aufforderte, der wahrscheinlich die Vizepräsidentschaft übernehmen werde. Die äußerste Linke habe sich nicht bereit erklärt, selbst an der Regierung teilzunehmen, aber sie werde ihr, wenn ein Kabinett in der jetzt vorauszusehenden Form gebildet werden sollte, wohlwollend gegenüberstehen. Das Entscheidende des heutigen Tages in Spanien sei jedoch, daß die Männer, die vor zwei Monaten mit Waffen gegen die Regierung und den König vorgehen wollten, und seitdem im Gefängnis sitzen, aufgefordert worden sind, aus der Gefängniszelle ins Ministerium überzusiedeln. Die spanische Revolution sei nicht siegreich gewesen, aber was mit Gewalt nicht zu erreichen war, sei heute zum Teil auf politischem Wege nachgeholt worden. Hieran auch die Tatsache nichts ändern, wenn im Augenblick Sanchez Guerra die Regierungsbildung nicht gelingen sollte, was wohl kaum zu erwarten sei



Kabinett Sanchez Guerra in Spanien.

Die Führer der Reformisten: Santiago Alba (links) und Sanchez Guerra (rechts).

Auf Vorschlag des Führers der Katalanen, Cambo, hat König Alfons von Spanien die sogenannten Reformisten, die für eine Aenderung der Verfassung eintreten, mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

Die neue Stellung des Königs von Spanien

Paris, 17. Februar. (R.) Die Stellung, die der König von Spanien in der jetzigen Krise eingenommen hat, beschäftigt die Oeffentlichkeit in erheblichem Maße. Man geht davon aus, daß König Alfons XIII. die Forderung Sanchez Guerra seine Funktionen während der Tage der Konstituante ruhen zu lassen, angenommen habe. Der Madrider Sonderberichterstatter des „Journal" erklärt dazu, diese Forderung Sanchez Guerras gegenüber dem König sei noch dadurch besonders peinlich geworden, als der König die Verpflichtung übernommen habe, in einem zu veröffentlichenden Dokument, die von ihm gebilligten Bedingungen bekanntzugeben. So unwahrscheinlich es auch klinge, der König habe alles angenommen. Wenn die verfassungsgebende Versammlung das Verhalten des Königs als gerechtfertigt anerkennt, würden sich seine Gegner verpflichten, ihm alle seine Rechte zurückzugeben und sich ihm gegenüber als loyale Untertanen betrachten. Welches Risiko stelle diese Volksabstimmung für Alfons XIII. dar, der doch im Laufe seiner Regierungszeit in Hunderttausenden von Fällen Unzufriedenheit habe hervorrufen müssen! Welcher Triumph wäre es für ihn, wenn er diese Krise siegreich überwindet!

Die neue Regierung

Madrid, 17. Februar. (R.) In Spanien glaubt man, daß es Sanchez Guerra gelingen wird, heute ein Kabinett zu bilden. In Madrid war nachts schon eine Ministerliste in Umlauf, nach welcher die Sozialdemokraten und Republikaner sich nicht an dem neuen Kabinett beteiligen würden. Sanchez Guerra erklärte, daß die erste Aufgabe der Regierung sein würde, die verfassunggebende Nationalversammlung einzuberufen. Das würde voraussichtlich innerhalb der nächsten drei Monate geschehen. Während der Tagung der Nationalversammlung **müßte der König auf die Vorrechte der Krone verzichten, d. h., er könne die Nationalversammlung weder auflösen noch vertagen.** Der König könne auch nicht die Regierung entlassen oder umbilden. Auch dürfe der Senat nicht während der Tagung der Nationalversammlung einberufen werden. Einer der im Gefängnis befindlichen republikanischen Führer veröffentlicht eine Mitteilung in der es heißt, daß das neue Ministerium Sanchez Guerra als erste Etappe des Sieges zu betrachten sei, den der Dezember-Aufstand angebahnt habe. Die Republikaner und Sozialisten würden nicht in die Regierung eintreten, sie würden aber außerhalb der Regierung für den sicheren Sieg der Revolution wirken. Die neue spanische Regierung wird voraussichtlich nicht verteidigt werden, da die Regierung die Absicht hat, die Verfassung abzuändern und deshalb, wie man in spanischen politischen Kreisen erklärt, ihre Reformtätigkeit nicht mit einem Schwur auf die jetzige Verfassung gewinnen könne.

Weiter liegen aus Madrid Nachrichten vor über einen noch wenig klaren Zwischenfall. In einem drei Stunden südlich von Madrid gelegenen Ort besetzte nach Mitternacht das dort liegende Feldartillerie-Regiment die Landstraßen. Journalisten, die nähere Erkundigungen einziehen wollten, wurden von Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten aufgehalten und mußten unverrichteter Sache umkehren. Die Soldaten erklärten nur, daß sie um Mitternacht alarmiert worden seien. Ob es sich hier um einen neuen Putschversuch handelt, wie in Madrid behauptet wurde, steht noch nicht fest, da nähere Einzelheiten noch fehlen.

Santiago Alba bleibt in Paris

Paris, 17. Februar. (R.) Nach dem „Petit Parisien" erklärte Santiago Alba, er habe das Angebot Sanchez Guerras, der ihm ein Ministerium, das er sich wählen könne, angeboten habe, ausgeschlagen, weil er in seiner politischen Zurückgezogenheit weiter leben wolle. Die Krise, so habe Alba erklärt, werde lange dauern, aber friedlich gelöst werden.

Posener Tageblatt

Aus Stadt und Land

Nr. 39

Mittwoch, den 18. Februar 1931

Uebel der Saison

Man kann den Winter mit gutem Recht sehr loben Nicht nur wegen des Rosenmontags mit seiner Ausgelassenheit und wegen der zahlreichen anderen Feste. Es gibt außerdem auch noch Schnee und Eis, auf dem man sich mit Schlittschuhen bzw. Schneeschuhen und Rodelschlitten tummeln und frische, saubere Luft in die Lungen bekommen kann. Das ist schon sehr viel wert, wenn man dann zu Haus sein geheiztes Zimmer hat.

Aber die Kehrseite der Medaille scheint uns viel trübseliger auszusehen, als die Vorderseite ermutigend. Arbeitslosigkeit, Geldknappheit heißen die größeren Uebel, die kleineren in ihrer Gefolgschaft Prügeleien und Messerstechereien auf Vergnügungen, Zunahme der Diebstähle und Ueberfälle.

Und dann die ganz kleinen, die man gar nicht registrieren möchte, das verflixte Glatteis, das einen unversehens mal ausrutschen und Arm oder Bein brechen läßt. Es vergeht ja kein Tag, wo nicht einige derartige Unfälle gemeldet werden. Man berichtet schon darüber lieber gar nicht, weil das zu verdrießlich und monoton wäre.

Ganz „Privatvergnügungen“ bleiben die erfrorenen Glieder, Hände oder Füße, und das Uebel aller Uebel: der Schnupfen.

Welch ein Trost, daß nun endlich Aschermittwoch da ist, daß wir in die Karwochen eintreten, um Ostern den Frühling zu begrüßen!

Kleine Posener Chronik

em. Kohlenoxydgas. Zwei Kaufmannslehrlinge, der 18jährige Josef Kalinowski aus Gorzno, Kreis Brodnica, und der 17jährige Edmund Nowak aus Wongrowitz, die beim Eisenwarenhändler Lizbiński, Kanalstraße 17, beschäftigt waren, begaben sich vorgestern zur Nachtruhe und verschlossen kurz nach dem Einheizen die Ofentür. Als das Dienmädchen morgens um 8 Uhr den Morgenkaffee hereintragen wollte und mehrmals klopfte, wurde nicht geöffnet. Das Dienstmädchen benachrichtigte davon den Kaufmann Lizbiński, welcher durch einen Schlosser die Tür öffnen ließ.

Der 17jährige Nowak war bereits tot, der 18jährige Kalinowski gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich.

Kalinowski wurde sofort in das Stadtkrankenhaus gebracht, wo er besinnungslos daliegt. — Der Arzt der Rettungsstation wurde nach Chartowo beordert, wo die Arbeiterin Marie Machowska aus Białogóra

bei Erdarbeiten verschüttet

wurde. Die Unglückliche, welche schwere innere Verletzungen und einen Beinbruch davontrug, wurde in das Stadtkrankenhaus gebracht.

Ein Zusammenstoß der Straßenbahn mit dem Milchwagen der Firma Ignatz Jarzembowski aus Sapowiec, Kreis Posen, erfolgte am Sonntag morgen gegen 7 Uhr, in der ul. Marsz. Focha. Der Zusammenstoß war so stark, daß der Milchwagen mit den Pferden umgeworfen wurde und der Kutscher schwere Verletzungen davontrug. Der hinzugerufene Arzt der Rettungsstation ordnete die Ueberführung des Schwerverletzten in das Stadtkrankenhaus an. — Gestern mittags wurde die **Feuerwehr** nach der Gr. Gerberstraße 36 gerufen, wo im Kurzwarengeschäft von Trojanowski ein **Türfutterbrand** entstanden war. Der Brand ist auf den fehlerhaften Schornstein zurückzuführen. Die Feuerwehr löschte rechtzeitig genug das Feuer, um größeren Schaden zu verhüten. — Der Fleischer Stanislaus Skrzydlewski, Szamarzewskiego 17 wohnhaft, versuchte gestern im Zoologischen Garten ein Pferd, welches gestürzt war, von der Erde zu heben. **Das Pferd stieß aus** und traf Skrzydlewski so unglücklich, daß **ihm ein Bein gebrochen wurde.** Der Arzt der Rettungsstation ordnete die Ueberführung des Verunglückten in das Stadtkrankenhaus an.

In der vergangenen Nacht ereignete sich bei einem Tanzkränzchen im Saale Dom Królowej Jadwigi **ein Unglücksfall.** Der 24jährige Tischler Stanislaus Sawicki, Kanonenplatz 10, begab sich um Mitternacht zum Vergnügen, wurde aber nicht hereingelassen. Als er aus Aerger eine Scheibe demolierte, gab ein unbekannter, dort weilender Soldat einen Revolverschuß auf ihn ab, der den Tischler in den rechten Unterschenkel traf. Der Verletzte wurde durch den Arzt der Rettungsstation verbunden.

Bei einem Streit mit seinem Bruder wurde der 24jährige Sylwester Gotan, Rybaki 15, mit einem Messer schwer verletzt. — In Krzyżowniki, Kreis Posen, wurden gelegentlich eines Streites bei einem Vergnügen der 44jährige Johann Hoffmann und sein 19jähriger Sohn Sylwester mit einem Messer verletzt. Der hinzugerufene Arzt der Rettungsstation legte dem Vater einen Verband an und nähte dem Sohn vier große Schnittwunden zu.

Die täglichen Einbrüche und Diebstähle.

em. Der Firma Johann Ebertowski, Neuestraße Nr. 10, wurde am hellen Tage eine Schaufensterscheibe eingeschlagen und aus dem Fenster zwei Herrenhemden gestohlen. — In das Lokal des Andreas Muth in Główno, Gnesener Straße 56, wurde ein Einbruch verübt. Den Dieben fielen 24 Liter Spirituosen, ca. 3000 Zigaretten und eine größere Menge Zigarren in die Hände.

Als einem Lokal am Plac Wolności wurden dem Kunstmaler Anton Brade drei Porträts im Werte von 500 Złoty gestohlen.

Aus einem Breitestraße 13 haltenden Lastauto der Firma Sprynger entwendeten Diebe einen Autogummireifen Marke „Galbrich“.

In die Wohnung des Leopold Gabrylewicz, ul. Poplińskich 15, wurde ein Einbruch verübt, wobei den Tätern Schuhe und Bekleidungsstücke im Werte von 8000 Złoty in die Hände fielen.

Aus der Wohnung des Władysław Ciaciuch, Sapiehaplatz 3, wurde ein Herrenpelz im Werte von 1000 Złoty gestohlen.

Aus dem Lokal des Sylwester Piątek, Judenstraße 30, wurden Liköre im Werte von 300 Złoty gestohlen. — Durch die vorher eingeschlagene Schaufensterscheibe drangen Diebe in das Geschäft von Reiu, Breslauerstraße 4 ein, mußten aber ohne Beute abziehen, da sie gestört wurden. Der Schaden der ausgeschlagenen Scheibe beläuft sich auf 500 Złoty.

Dem auf der Durchreise sich befindlichen Friedrich Kupe aus Neu-Kack bei Gdingen wurde eine Brieftasche mit 300 Złoty und einem Personalausweis gestohlen.

In das Damen-Konfektionsgeschäft von Bolesław Górski, Plac Wolności 3, wurde am Sonntag abend zwischen 6 und 7 Uhr ein frecher Einbruchsdiebstahl verübt. Die unbekannten Diebe drangen nach Durchfeilung der zum Hof zu gelegenen Eisengitter und nach Einschlagen der Fensterscheiben ins Geschäft. Trotzdem die Einbrecher gestört wurden, entwendeten sie doch für etwa 5500 Złoty seidene Wäschestücke und Trikotagen.

Der Bombenanschlag bei Fabianowo vor Gericht

Der Prozeß wird vertagt

em. **Posen,** 16. Februar. Wie wir bereits gestern kurz berichteten, fand gestern vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Dr. Cyprian die Verhandlung gegen den Arbeiter Stanislaus Baustmann aus Wiry, Kreis Posen, wegen eines Bombenanschlages statt.

Die Anklage vertritt Staatsanwalt Menszeldowski. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Kaczkowski. Zur Verhandlung erschienen 19 Zeugen. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er am 1. Mai v. Js. auf die Chaussee zwischen Komorniki und Fabianowo eine Dynamitbombe gelegt hatte.

Am 4. Mai v. Js. fuhr das Auto der Firma Schubert mit dem Kaufmann Leon Poplewski von Komorniki nach Posen. Plötzlich bemerkte der Chauffeur einen Steinhaufen auf der Chaussee zur rechten Seite und bog nach links ab.

In demselben Moment erfolgte eine fürchterliche Explosion. Der Wagen wurde in Stücke gerissen, und die Insassen wurden auf die Chaussee geschleudert, ohne glücklicherweise ernsthafte Verletzungen davonzutragen.

Der Angeklagte wird dadurch belastet, daß er am kritischen Tage mit einem Pionier Stępniak aus Lasek gesehen wurde, welcher wegen Diebstahls von Dynamitbomben später von den Militärbehörden verurteilt wurde.

Sämtliche vernommenen Zeugen wurden nach dem Alibi des Angeklagten gefragt, können aber über die Tat selber nichts angeben. Nach beendeter Zeugenvernehmung beantragt der Staatsanwalt Vertagung, um Einsicht in die Strafakten des Militärgerichts in der Sache Stępniak nehmen zu können, da die vorgefundene Dynamitbombe auf der Chaussee mit den von Stępniak gestohlenen identisch ist. Der Verteidiger widerspricht dem Antrage mit der Begründung, daß die heutige Beweisaufnahme die Sache völlig aufgeklärt habe, andernfalls er einen Antrag um vorläufige Entlassung des Angeklagten aus der Untersuchungshaft stelle.

Der Staatsanwalt beharrt bei seinem Antrage und bittet um Ablehnung des Antrages der Verteidigung. Nach längerer Beratung schloß sich das Gericht den Anträgen bei und vertagte die Verhandlung bis Montag, den 23. d. Mts. Gleichzeitig wurde die vorläufige Entlassung des Angeklagten aus der Untersuchungshaft angeordnet. Von dem Fortgange der Verhandlung und dem Urteilsspruche werden wir demnächst berichten.

Die Stadtkassenaffäre in Gniewkowo

Eine Berichtigung und Ergänzung.

In Nr. 32 vom 10. Februar hatten wir unter der Ueberschrift „Das alte Lied: Rendant unterschlägt 68 000 Złoty“ eine Korrespondenz aus Inowrocław gebracht. Darüber geht uns nun von Rechtsanwalt Dr. Müller-Czarnek ein Schreiben zu, in dem unter Berufung auf das Pressegesetz um die Aufnahme folgender Berichtigung gebeten wird, der wir selbstverständlich gern entsprechen:

„Beglaubigte Abschrift. Hiermit bescheinige ich, daß die in der hiesigen Stadtkasse von der Orts-Revisionskommission und Revisoren des „Komunalny Związek Kreditowy w Poznaniu“ periodisch durchgeführten Revisionen keinen Bargeldmangel in der Stadtkasse gezeigt haben. Es ist auch nicht wahr, daß der Rendant Ignacy Golaszewski die einkassierten Steuerbeträge nicht in die Bücher eingeschrieben haben soll. Wahr ist dagegen, daß bei der Eintreibung rückständiger Kommunalabgaben Uebergriffe von seiten des früheren städtischen Vollzugsbeamten Stanisław Orłowski in Höhe von etwa 3500 Złoty festgestellt worden sind.

Es stimmt auch nicht die Nachricht, daß in der Stadtkasse Revisionen von seiten des Herrn Starosten und des Herrn Wojewoden durchgeführt wurden.

Bemerkt sei noch, daß der Rendant Ignacy Golaszewski in den Ruhestand versetzt, nicht aber des Amtes suspendiert worden ist.

Gniewkowo, den 10. Februar.

Der Bürgermeister.

(Stempel.) (—) Pyka

Raubüberfall bei Neutomischel

In Władysławowo im Kreise Neutomischel ist ein Raubüberfall auf die Wohnung des 70jährigen Wawrzyn Kuć ausgeführt worden. Kuć wurde durch einen Revolverschuß hingestreckt. Die unbekannten Täter — es waren ihrer drei — waren maskiert und wurden von Hausinsassen verscheucht. Sie entkamen unerkannt, ohne etwas mitzunehmen. Man ist den Tätern noch nicht auf die Spur gekommen.

Granate explodiert in einer oberschlesischen Grube

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, hat sich in Welnowiec neben der Grube „Alfred“ ein Unfall ereignet, der zum Glück keine Menschenopfer nach sich zog, sondern nur ein der Häuser am pl. Miarki beschädigte. Es waren nämlich alte Artilleriegeschosse ausgebrannt worden. In einem der Geschosse befand sich wahrscheinlich noch eine bestimmte Menge Pulver, so daß es zu einer Explosion kam. Das explodierende Geschoß fiel auf ein Steindach am pl. Miarki, etwa 500 Meter von der Explosionsstätte. Das Dach wurde durchlöchert, während das Geschoß zum Glück in keine Wohnung fiel, sondern auf eine Treppe, die beschädigt wurde.

Ungebetene Gäste auf einer Hochzeit

Bei Jan Dolata in Debnica im Kreise Adelnau entstand auf einem Hochzeitsvergnügen plötzlich eine Verwirrung, als eine ganze Bande ungebetener Gäste in den Saal eingedrungen war. Der Gastwirtsbesitzer forderte die Eindringlinge auf, den Saal zu verlassen. Einige folgten der Aufforderung, während größere Hitzköpfe im Saal blieben. Es entstand eine Schlägerei, bei der ein Piotr Witek drei Revolverschüsse abgab. Ein Ignacy Walotka wurde dabei auf der Stelle getötet, während der in die Brust getroffene Henryk Luge 15 Minuten darauf verstarb. Das Vergnügen wurde sofort abgebrochen. Die drei Banditen Nowak, Maksymienko und Nawrocki wurden verhaftet, während der eigentliche Urheber des Verbrechens, Witek, flüchten konnte.

Schießerei mit Todesfolge

Die Rettungsbereitschaft wurde plötzlich kurz vor 12 Uhr nachts telephonisch nach dem Dorfe Borkowice im Kreise Schrimm gerufen. Dort waren einige Männer in das Gehöft des Schulzen, bei dem ein Vergnügen stattfand, eingedrungen und hatten Lärm geschlagen. Schließlich kam es zu einer Schießerei, bei der der 28jährige Władysław Chrabąszcz von einer Revolverkugel in die Brust getroffen wurde. Jemand alarmierte die Polizei in Moschin, die nach Verhör des Schulzen ein Protokoll aufsetzte. Inzwischen war die Rettungsbereitschaft aus Posen eingetroffen. Der verletzte Chrabąszcz wurde dem Kreiskrankenhaus zugeführt. Die Ruhestörer werden ihrer Strafe nicht entgehen.

Jugendliche Äpfeldiebe vor Gericht

z. **Inowrocław,** 16. Februar. Vier im Alter von 15 bis 17 Jahren stehen in der Anklagebank, ein Jan Beszczyński, ein Felike Klarowski, ein Valentin Nawrot und ein Andrzej Ignaczyk, sämtlich aus Gniewkowo. Der Angeklagte Beszczyński ist trotz seiner 17 Jahre schon dreimal wegen Diebstahls mit 7 Tagen, 3 Wochen und 3 Monaten vorbestraft. Die Anklage legt den ersten 3 Angeklagten Diebstahl von Aepfeln in je 2 Fällen, dem Angeklagten Nowrot in einem Falle zum Schaden des Eigentümers Marszewski, Gniewkowo, zur Last. Die Angeklagten gestehen ihre Schuld ein, bitten aber, ihnen mildernde Umstände bewilligen zu wollen, da sie das erste Mal nur Aepfel zum Selbstessen gestohlen und sie nur im zweiten Falle die Aepfel verkauft hätten. Der Angeklagte B. wird daraufhin zu 3 Monaten Gefängnis und 3 Tagen Arrest, die Angeklagten Kl. und Ign. zu 1 Monat Gefängnis und der Angeklagte Nawrot zu 3 Wochen Arrest verurteilt. Außerdem sind noch zwei andere Apfeldiebe, ein Władysłaus Siedlecki und ein Michal Kowalski aus Ronowo wegen schweren Diebstahls angeklagt, da sie 2½ Zentner Aepfel aus einem verschlossenen Schuppen entwendet und zu diesem Zwecke aus dem Dach Bretter entfernt haben. Sie erhielten je 3 Monate Gefängnis und müssen außerdem die Kosten bezahlen.

Rogasen

Auf der Chaussee Obornik—Rogasen ist die in Rogasen wohnhafte Weronika Michalak von Banditen überfallen worden, die ihr 120 Złoty raubten.

Filehne

ss. Sein 40jähriges Jubiläum im Vorstand des Vorschußvereins Filehne e. G. m. b. H in Schloß Filehne, konnte am Sonntag, dem 15 Februar, Direktor Hugo Kittel begehen. Herr Kittel wurde am 15. Februar 1891 als Kassierer in den Vorstand des Vorschußvereins gewählt. Im Februar 1914 wurde ihm der Titel als Direktor zugesprochen, besonders, weil es hauptsächlich seinen Bemühungen gelungen war, im Jahre 1913 ein eigenes Bankgebäude für den Verein zu errichten. Nach der Abtretung hat er leider dieses schöne Bankgebäude verlassen und mit dem Vorschußverein zunächst im Schloß des Grafen von der Schulenburg übersiedeln müssen. In dieser Zeit ging er unentwegt daran, ein neues Heim, das jetzige Bankgebäude am Bahnhof zu Dt. Filehne zu errichten. Herr Kittel hat es verstanden zu erreichen, daß der Vorschußverein durch alle Schwierigkeiten hindurch ein maßgebendes genossenschaftliches Kreditinstitut für den gemeinsamen Mittelstand der Umgegend geblieben ist. Die Entwicklung und Geschichte des Vereins wird immer mit dem Namen Kittels verknüpft sein. Besondere Feiern und Ehrungen finden am Sonntag während des ganzen Tages statt.

Zu der Untat bei Krotoschin

Wir berichteten in unserer Nummer vom 13. Februar von einer furchtbaren Untat, die sich in der Umgegend von Krotoschin zugetragen haben soll, und wobei ein Bauer von seinem Schwager ermordet und ein Kind von seinen Eltern verbrannt wurde. Wir haben sofort Schritte unternommen, um nähere Einzelheiten festzustellen. Von der Kriminalpolizei in Posen, mit der wir uns in Verbindung gesetzt haben, erfahren wir, daß ihr nichts dergleichen bekannt sei. Wir haben nun Nachforschungen an Ort und Stelle angestellt, und werden zu gegebener Zeit auf diese Geschichte zurückkommen.

Rawitsch

□ Jahresversammlung der Welage. Die diesjährige Generalversammlung, die am letzten Sonnabend im Gasthof Bauch tagte, erfreute sich eines außerordentlichen reichen Besuches. Besonders zahlreich waren die Mitglieder der umliegenden Ortschaften vertreten und gaben durch ihre so anerkennenswerte Teilnahme vielen Mitgliedern aus der Stadt ein nachahmenswertes Beispiel. Vorsitzender Nawroth eröffnet die Sitzung und gibt gleichzeitig bekannt, daß er sein Amt niederlege. Geschäftsführer Netz wird sodann mit der weiteren Leitung der Versammlung betraut Nach Erstattung des Kassenberichtes und eines Dankes an den bisherigen Vorstand ergibt die Vorstandswahl nachstehendes, einstimmig erfolgtes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hermann Knappe, Stellvertreter Hermann Sachtschal, 1. Schriftführer Eduard Schmidt, Stellvertreter Gustav Berger, Kassenführer Hermann Bauch, Beisitzer Rudolf Hoffmann und Oskar Rister. Herr Netz gibt hierauf einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahre und schließt daran wertvolle Erläuterungen über Hypothekenaufwertung und die die jetzige Wirtschaftslage beherrschende Frage: Wie läßt sich in der heutigen Zeit auch in der Landwirtschaft sparen? Anschließend daran wurde dem Wiesenbaumeister Plate-Posen das Wort zu seinem Vortrag „Mais- und Luzerneanbau“ erteilt. Der Vortragende ist mit den hiesigen Verhältnissen ziemlich vertraut, hatte er doch durch eine Wiesenrevisionsschau im letzten Herbst Gelegenheit, die hiesigen Wiesen und Felder, aber auch die Art der Bestellung derselben kennen zu lernen. So waren die Ausführungen des Herrn Plate den hiesigen Verhältnissen bestens angepaßt, berührten Konkretes, ja Persönliches. Auch das weitere Thema „Nährstoffgehalt der verschiedenen Getreidearten und Futterpflanzen“, sonst ziemlich abstrakter Vortragsstoff, wurde durch gleichzeitig vorgeführte Lichtbilder für jedermann verständliches Wissen. Den mehrstündigen, doch stets interessierenden Ausführungen folgte allgemeiner Dank, dem der Vorsitzende Knappe durch Worte Ausdruck verlieh. Um 9 Uhr fand die Sitzung ihren Beschluß.

Aus Pommerellen

Graudenz

B. Die hier seit annähernd 30 Jahren bestehende Filiale der Maschinenfabrik von Hodam u. Reßler in Danzig geht demnächst ein. Die etwa 15 Angestellten und Arbeiter sollen bereits im nächsten Monat entlassen und das am Bahnhof befindliche Geschäftsgrundstück mit Baulichkeiten soll verpachtet werden. Die schwierige wirtschaftliche Lage macht den Abbau nötig. Bereits vor mehreren Jahren ging durch den Tod des Inhabers die deutsche Firma Rosenbaum ein und auch die Landwirtschaftliche Großhandlung hat ihre Reparaturstelle für landwirtschaftliche Maschinen abgebaut.

Hier fand kürzlich eine Versammlung von Landwirten zwecks Gründung einer Bacongesellschaft statt. Es waren nahe an 50 Landwirte, darunter nur ein deutschstämmiger, erschienen. Die polnische Großhandelsgesellschaft und die Landwirtschaftskammer Thorn waren vertreten, ebenfalls war ein Fleischermeister anwesend. Die zu gründende Genossenschaft soll durch die Landwirtschaftskammer durch Kapital unterstützt werden und die städtische Schlachthofverwaltung will dieselben Vergünstigungen gewähren wie der Baconfirma, welche jetzt hier im Schlachthause arbeitet. Der anwesende Fleischermeister trat erst gegen die Gründung auf und bot sich dann als Leiter an. Als ihm das Wort entzogen wurde, ergriff er dasselbe wieder, so daß er des Lokals verwiesen und durch einen Hotelbediensteten entfernt werden mußte. Eine aus 10 Personen bestehende Kommission wurde zur Vornahme der Vorarbeiten gewählt. Zu derselben sollen auch 5 deutschstämmige Landwirte gehören, darunter die Herren Majoratsbesitzer v. Märker-Rohlau, Rittergutsbesitzer v. Dettmering-Falkenhorst, Administrator Spitzer-Segartowitz und Besitzer L. Tiahrt-Dragaß.

**Streu vor deinem Grundstück Asche oder Sand!
Nimm Rücksicht auf deine Mitmenschen!
Vermeide unnötigen Aerger!**

Posener Tageblatt

Recht und Steuern

Nr. 39
Mittwoch den 18. Februar 1931

Zahlungsaufschub und Vergleich nach polnischem Recht

Zur Vermeidung der mit einem Konkurse verbundenen wirtschaftlichen Katastrophen hatte bereits der deutsche Gesetzgeber am 14. Dezember 1916 eine Verordnung erlassen, durch die zur Vermeidung eines Konkurses die sog. Geschäftsaufsicht eingeführt wurde. Nach dem Kriege hatte diese Verordnung im Reiche einige Abänderungen erfahren und wurde schließlich durch die am 1. Oktober 1927 in Kraft getretene neue Vergleichsordnung aufgehoben. Von der Zeit ab gibt es im Reiche keine Geschäftsaufsichten in dem früheren Sinne mehr. Der polnische Gesetzgeber hat indessen ebenfalls die alte Bundesratsverordnung vom 14. Dezember 1916 über die Geschäftsaufsicht aufgehoben, und an ihre Stelle ist eine Verordnung des Staatspräsidenten vom 6. März 1928 über die Verhütung von Konkursen im Bereiche der Appellationsgerichte Posen und Thorn und des Bezirksgerichts in Kattowitz getreten. Diese Verordnung hat nicht vollständig wie die neue deutsche Vergleichsordnung die Bestimmungen über die Geschäftsaufsicht aufgehoben, sondern sie zum Teil beibehalten, daneben aber neue Bestimmungen über ein Vergleichsverfahren eingeführt.

Nach der neuen Verordnung kann einem Kaufmann, der genügend Mittel besitzt, um alle seine Gläubiger vollständig zu befriedigen und zahlungsunfähig nicht in Folge von strafbaren Handlungen im Sinne der Konkursordnung geworden ist, zunächst Stundung der Zahlungen gewährt werden. Diese Stundung wird durch das zuständige Burggericht gewährt und setzt einen Antrag des Schuldners voraus, in dem nach näheren Ausführungen des Gesetzes in Art. 3 der Verordnung eine genaue Uebersicht über die Vermögenslage gegeben und dessen Glaubwürdigkeit durch eine eidesstattliche Versicherung bestätigt werden muß. Das Gericht nimmt darauf nach näheren Bestimmungen des Gesetzes in Art. 4 bis 6 eine genaue Prüfung der Vermögenslage des Schuldners vor, beraumt einen Termin zu einer nichtöffentlichen Verhandlung an und entscheidet über den Antrag des Schuldners durch Beschluß. Dieser Beschluß kann mit der sofortigen Beschwerde sowohl vom Schuldner als den Gläubigern angefochten werden. Bei der Annahme des Antrags wird ein Stundungstermin gewährt, der 3 Monate nicht überschreiten darf und nur zweimal um weitere 3 Monate verlängert werden kann. Gleichzeitig bleibt der Schuldner für diese Zeit unter Gerichtsaufsicht, die durch eine vom Gericht ernannte Aufsichtsperson durchgeführt wird. Aehnlich wie der Gemeinschuldner im Konkurs (§ 6 K. O.) verliert der Schuldner für diese Zeit die Befugnis, sein Vermögen zu verwalten und darüber zu verfügen, doch kann ihn die gerichtliche Aufsichtsperson zu einzelnen Handlungen ermächtigen.

Die Stundungsgewährung betrifft nicht alle Forderungen, die Ausnahmen sind näher in Artikel 19 der Verordnung aufgezählt. Ueber die Aufhebung der Stundung in gewissen in Art. 28 und 29 aufgezählten Fällen entscheidet das Gericht. Aufgehoben wird u. a. die Stundung und das damit verbundene Verfahren nach Art. 29, Nr. 2, wenn zwischen dem Schuldner und den Gläubigern ein Vergleichsabkommen geschlossen wird, das im zweiten Teil derselben Verordnung in Art. 30 ff. näher geregelt ist, und für das ähnliche Grundsätze, wie sie die erwähnte deutsche Vergleichsordnung aufstellt, bestehen.

Das Vergleichsverfahren bietet die letzte Möglichkeit zur Abwendung des Konkurses. Voraussetzung für dieses Vergleichsverfahren ist anders als im Stundungsverfahren die Unmöglichkeit des Schuldners, alle Gläubiger zu befriedigen. Das Vergleichsverfahren ähnelt in seinen Grundsätzen schon sehr dem Konkurse. Durch den Vergleich tritt ähnlich wie im Zwangsvergleich des Konkurses ein teilweiser Erlaß der Forderungen ein, vorausgesetzt natürlich, daß es sich um einfache Forderungen handelt, die nicht unter die in Art. 34 bzw. 19 aufgezählten Ausnahmen, fallen. Auch hier ist wieder ein entsprechender Antrag des Schuldners an das Gericht notwendig unter gleichzeitiger Beifügung von Vergleichsvorschlägen, deren Art und Weise das Gesetz näher in Art. 32 bestimmt. Wie im Stundungsverfahren wird auch hier der Antrag des Schuldners genau geprüft (Vgl. Art. 35—37) und durch Beschluß die Eröffnung des Vergleichsverfahrens angeordnet. Die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zieht von Gesetzwegen eine weitere Stundung der Zahlungen mit ihren sämtlichen Rechtsfolgen bis zum Zeitpunkt der Bestätigung des Vergleichs durch das Gericht nach sich. Der Schuldner wird wieder in der Verwaltung und Verfügung über sein Vermögen durch eine gerichtliche Aufsichtsperson beschränkt, deren Aufgabe vor allen Dingen darin besteht, alle Forderungen der Gläubiger festzustellen, näher zu prüfen und die Gläubigerversammlung vorzubereiten (Art. 41—48). An der durch das Gericht berufenen Gläubigerversammlung, deren Charakter und Beschlußfähigkeit das Gesetz in Art. 53 ff. regelt, nehmen die in einer Liste durch die gerichtliche Aufsichtsperson eingetragenen Gläubiger teil. Zur Annahme des Vergleichs ist die Einwilligung mindestens der Hälfte derjenigen Gläubiger notwendig, deren Forderungen nicht gesichert sind und die mindestens ⅔ aller Forderungen besitzen. Eine noch stärkere Mehrheit von mindestens ⁸/₁₀ müssen die Gläubiger dann aufbringen, wenn eine Herabsetzung der Forderungen bis zu 60 Prozent geschehen soll, während für gewöhnlich eine Herabsetzung der Schuld nur bis zu 30 Prozent möglich ist (Art. 32). Der durch die Gläubiger angenommene Vergleich muß vom Gericht bestätigt werden, dem in Art. 61 und 62 weitgehendst die Möglichkeit gegeben ist, auch aus Billigkeitsgründen den Vergleich abzulehnen. In jedem Falle ist ein ablehnender oder zustimmender Beschluß des Gerichts mit der sofortigen Beschwerde anfechtbar. Der Vergleich ist bindend für alle Gläubiger mit Ausnahme derjenigen, deren Forderungen nach Art. 34 bzw. 19 dem Vergleich nicht unterliegen. Den Abschluß des Verfahrens macht das Gericht bekannt und verfügt die Aufhebung aller durch das Verfahren hervorgerufenen Sicherungsmaßnahmen sei es im Firmenregister oder Grundbuch. Scheitert das Vergleichsverfahren, so bleibt nur noch die Abwicklung durch Eröffnung des Konkurses übrig, für den noch weiterhin die Bestimmungen der deutschen Konkursordnung gelten.

Dr. M.

Rechtsspiegel

Aus der Rechtsprechung des Obersten Gerichts

Ungültige Wucherverträge.

Ein Vertrag, der wucherische Kennzeichen aufweist, ist nach § 138 B.-G.-B. von Anfang an unwirksam. An diesem Zustande können spätere Umstände keine Aenderungen herbeiführen. Besonders macht der Umstand, daß der Gläubiger auf die Wucherzinsen später verzichtet hat und die Zinsen mit dem Kapital verrechnet hat, einen wucherischen Vertrag nicht ex post gültig. (Entscheidung vom 3. 10. 1930. 194/30.)

Stillschweigende Einwilligung.

Zu § 151 B.-G.-B.: Es gibt weder einen allgemeinen Grundsatz noch ein Gewohnheitsrecht, daß Schweigen die Annahme eines Vertragsangebots bedeute. Das Schweigen allein, nicht gestützt auf irgendwelche Handlungen oder ein entsprechendes Verhalten des Adressaten, kann nicht als Einwilligung zur Aenderung eines bestehenden Rechtsverhältnisses gelten, vor allen Dingen dann aber nicht, wenn der Adressat vorher ausdrücklich und klar seinen Standpunkt erklärt hat. (Entscheid. vom 4. 4. 1930. 57/30.)

Sind Verlobte verpflichtet, sich gegenseitig ihre Vergangenheit mitzuteilen?

Eine Pflicht der Verlobten, sich gegenseitig über alle ihre Verhältnisse aufzuklären kennt das Gesetz nicht. Daher würde mit dem bloßen Verschweigen von irgendwelchen Umständen der Tatbestand der arglistigen Täuschung noch nicht erfüllt sein. Wenn aber in berechnender Weise besondere Umstände geflissentlich entstellt oder verschwiegen werden (in dem entschiedenen Falle handelt es sich u. a. um Verschweigen weitgehender sittlicher Verfehlungen, überstandene Geschlechtskrankheit und Fehlgeburt), um den anderen Verlobten dadurch zum Eheabschluß zu bestimmen, so liegt arglistige Täuschung vor, auch dann, wenn der andere Verlobte selbst fahrlässig gehandelt und eine Aufklärung abgeschnitten haben sollte. (IX 395/30.)

Polnisch-österreichisches Abkommen über die Aufwertung österreichischer Lebensversicherungen aus der Vorkriegszeit

Vor ungefähr einer Woche wurden in Warschau die Verhandlungen über die Aufwertung der österreichischen Lebensversicherungen aus der Vorkriegszeit abgeschlossen. In dem Abkommen handelt es sich um die Aufwertung der Policen von über zwanzig österreichischen Lebensversicherungs-Gesellschaften, von denen zwei, und zwar die „Anker" und „Phönix", bereits wieder ihre Tätigkeit in Kleinpolen und Schlesien aufgenommen haben. Als Grundlage der Aufwertung gilt der Wert dieser Policen am 31. Dezember 1918; je 100 ehemalige österreichische Kronen werden auf 20 Zloty umgewertet.

P.

Steuererleichterungen?

Ein wichtiges Rundschreiben des Finanzministeriums an die Finanzkammern.

Das Finanzministerium hat dem Präsidenten der Lodzer Finanzkammer unter Nr. D. V. 6334/130 ein Rundschreiben zugesandt, in dem die Befugnisse der Finanzbehörden zur Erledigung von Amortisierung, Aufschubfragen und Genehmigung zur ratenweisen Bezahlung der direkten Steuern im eigenen Bereiche genau präzisiert sind. Da diese Bestimmungen selbstverständlich für alle Wojewodschaften gelten, geben wir sie nachstehend bekannt. Die Kompetenzen stellen sich nach dem Rundschreiben folgendermaßen dar:

Amortisierung von Steuern. Zur Erledigung von Steueramortisationen sind die Finanzkammern (2. Abteilungen) berechtigt, namentlich wenn es sich um folgende Amortisationen handelt: 1. Auf Grund des Art. 126 des staatlichen Einkomensteuergesetzes der nicht erhobenen Einkommensteuerbeträge und der Geldstrafen laut Art. 91—94 dieses Gesetzes, die in den dem Steuerjahr vorausgegangenen Jahren zu entrichten waren und bis zur Höhe von 5000 Zloty gingen; auf Grund von Art. 4 der Verordnung vom 12. März 1928, Pos. 292 des „Dziennik Ustaw" der Immobilienrückstände in den Stadtgemeinden sowie in manchen Gebäuden der Landgemeinden bis zum Betrage von 20 000 Zloty einschließlich der Rückstände von Geldstrafen lt. Art. 97 bis 104 desselben Gesetzes für die einzelnen Zahler im Laufe des Budgetjahres, die als uneintreibbar galten.

Aussetzung von Steuern. Zur Erledigung von Steueraussetzungen sind ermächtigt: 1. Wenn es sich um die Aussetzung: a) laufender monatlicher und vierteljährlicher Anzahlungen auf die Gewerbesteuer, b) Veranschlagungen auf die Einkommensteuer bis zur Höhe von 100 000 Zloty für einen zwei Monate nicht überschreitenden Zeitpunkt handelt — die Finanzkammern (2. Abteilungen); 2. wenn es sich um die Aussetzung anderer Steuern handelt als die unter 1 genannten: a) wenn es sich um die Aussetzung von Rückständen bis zur Dauer von zwei Monaten und bis zu dem Betrage von 5000 Zloty handelt — die Finanzämter für Steuern und fiskalische Zahlungen, b) wenn es sich um die Aussetzung von Rückständen für die Dauer von drei Monaten bis zu dem Betrage von 100 000 Zloty handelt — die Finanzämter (2. Abteilungen).

Ratenweise Steuerzahlung. Zur Erledigung einer ratenweisen Abzahlung der Steuern sind ermächtigt: 1. Wenn es sich um eine ratenweise Abzahlung von: a) laufenden monatlichen und vierteljährlichen Anzahlungen auf die Gewerbesteuer, b) Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer bis zum Betrage von 100 000 Zloty für einen zwei Monate nicht überschreitenden Zeitpunkt handelt — die Finanzkammern (2. Abteilungen); 2. wenn es sich um die ratenweise Abzahlung anderer Steuerrückstände außer denjenigen handelt, die unter 1 angeführt worden sind; a) wenn es sich um eine vierteljährliche Abzahlung für einen 6 Monate nicht überschreitenden Zeitpunkt bis zu den Beträgen von 10[illegible]000 Zloty handelt — die Finanzämter für Steuern und Fiskalgebühren, b) wenn es sich um eine ratenweise Abzahlung für einen 12 Monate nicht überschreitenden Zeitpunkt bis zu dem Betrage von 100 000 Zloty handelt — die Finanzämter (2. Abteilungen).

Ermäßigung der Strafen für Steuerverzögerungen. Zur Herabsetzung der Strafen für die Verzögerung der gesetzlichen Zahlungsfrist, angefangen von der in Art. 3 des Gesetzes vom 31. Juli 1924, Pos. 731 des „Dziennik Ustaw" angegebenen Höhe hinsichtlich der in Raten zerlegten oder ausgesetzten Rückstände sind die Finanzkammern und Finanzsteuerämter kompetent.

Anmeldung und behördliche Genehmigung von Vereinsveranstaltungen

Alle Veranstaltungen unterliegen gewissen Bestimmungen. Da diese aber teilweise vor schon langer Zeit erlassen wurden und sehr mannigfaltig sind, ist es für den Laien, der doch der Veranstalter in dem weitaus größten Teil aller Fälle zu sein pflegt, oft sehr schwierig, sich ein genaues Bild über die Bestimmungen zu machen, welche für die Veranstaltung, die er beabsichtigt, gelten. Dies ist aber außerordentlich unangenehm, da falsche Handhabung der Bestimmungen fast immer Polizeistrafen und auch Verbote der betreffenden Veranstaltung nach sich zieht.

Grundsätzlich sind zwei Arten von Veranstaltungen zu unterscheiden: solche, die in „geschlossener Gesellschaft" stattfinden, und öffentliche Veranstaltungen. Die ersteren unterliegen keiner Anmeldepflicht; sie können, gleichgültig, ob sie in Privaträumen oder in öffentlichen Lokalen stattfinden, über die Polizeistunde ausgedehnt werden, wenn nur keine fremden Personen Zutritt haben; sie unterliegen auch keiner polizeilichen Aufsicht. Was gibt nun einer Veranstaltung den Charakter einer „geschlossenen Gesellschaft"? Es ist das ein „nach außen hin abgeschlossener Kreis von Personen, die nach innen miteinander verbunden sind" — so wird es in einem der maßgeblichen Kommentare ausgelegt —, das heißt also, es kann sich dabei um Vereine, Klubs usw. handeln; fremde Personen dürfen nicht dazukommen. Natürlich nimmt das Erscheinen einzelner Gäste, welche von Mitgliedern eingeführt und dem Vorstand vorgestellt werden, der Veranstaltung nicht ihren Charakter. Dagegen macht das Erscheinen vieler Gäste, welche keine inneren Beziehungen zu dem Verein haben, die Veranstaltung zu einer öffentlichen. Eine geschlossene Veranstaltung darf also nicht etwa so angezeigt werden. Es findet dann und dann, die und die Veranstaltung statt. Gäste sind herzlich eingeladen. — Diese Bestimmungen finden genau so auf Versammlungen Anwendung.

Im Gegensatz zur geschlossenen Veranstaltung sind alle öffentlichen Veranstaltungen der Polizei zu melden. Diese Anmeldung erstreckt sich auf alle Lustbarkeiten, Vorführungen, Ausstellungen, Vorträge usw., auch auf künstlerische und wissenschaftliche Veranstaltungen. Sie hat 24 Stunden vorher schriftlich und unter Angabe von Ort sowie unter Beifügung von Texten der zur Aufführung gelangenden Lieder usw. zu erfolgen. Anmeldepflichtig ist der Veranstalter bzw. der Lokalinhaber. Die Polizei erteilt eine Bescheinigung über die Anmeldung; dieser Bescheinigung können besondere Anordnungen beigefügt werden, welche strengstens innezuhalten sind. Die Veranstaltungen unterliegen polizeilicher Aufsicht.

Verschiedene Veranstaltungen sind nicht nur anzumelden, sondern für sie ist eine Erlaubnis einzuholen. Dies betrifft alle Tanzlustbarkeiten. Bei diesen muß vor allen Dingen um die Verlängerung der Polizeistunde eingekommen werden. Die Erlaubnis kann nicht ohne weiteres abgelehnt werden, sondern in erster Linie nur mit Rücksicht auf die Sicherheit der Teilnehmer. Einer besonderen Erlaubnis bedürfen, auch alle Aufführungen von Theaterstücken. Hierbei ist der Text des Stückes vorzulegen. Grundsätzlich ist dies auch nur 24 Stunden vor der Veranstaltung erforderlich, doch ist es besser, wenn das Stück früher eingereicht wird, da man sich sonst der Gefahr aussetzt, daß die Veranstaltung im letzten Augenblick abgesagt werden muß. Vielfach wird von der Polizei darauf gedrungen, daß die Stücke in polnischer Uebersetzung vorgelegt werden. Dies kann die Polizei nicht verlangen, denn es gibt keine entsprechende Bestimmung. Die Einholung der polizeilichen Erlaubnis ersetzt eine besondere Anmeldung.

Diese Ausführungen können natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie enthalten nur die wichtigsten Bestimmungen, die praktisch am häufigsten in Frage kommen. Um bei der Unübersichtlichkeit des Materials Klarheit zu schaffen, wäre eine amtliche Zusammenstellung aller Bestimmungen betreffend das Vereinswesen und die Veranstaltungen notwendig. Es wäre sehr dankenswert, wenn sich die Wojewodschaft dieser Arbeit unterziehen würde.

N.

Steuer-Rundschau

Erhöhung der Einkommensteuer

Die Haushaltskommission des Sejms hat beschlossen, die Einkommensteuer von Dienstgehältern um 10 Prozent zu erhöhen. Wir werden hierzu noch in einem besonderen Aufsatz Stellung nehmen.

Termin zur Einreichung der Einkommensteuererklärung verlegt

Der Termin zur Einreichung der Einkommensteuererklärungen physischer Personen ist, wie in den Vorjahren, vom 1. März auf den 1. Mai verlegt worden.

Veranlagung zur Gebäudesteuer darf nicht nachträglich zu ungunsten des Steuerzahlers geändert werden

Eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts (L. rej. 5017/28) bestimmt, daß im Sinne der Bestimmungen der Verordnung über die Gebäudesteuer die Berufungs-Kommission nicht das Recht hat, eine Aenderung der Veranlagung zur Gebäudesteuer zu ungunsten des Steuerzahlers zu verfügen.

P.

Erlassene Schulden gelten als Einkommen

Nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes sind die Ausgaben, die zur Tilgung von Schulden verwandt werden, vom Einkommen nicht abzugsfähig. Das Oberste Verwaltungsgericht hat in einer neuen Entscheidung (L. rej. 2558/28) bestimmt, daß Schulden, die ganz oder teilweise durch Verzicht des Gläubigers getilgt werden, dem Einkommen zuzuschreiben sind.

P.

Dürfen die laufenden Anzahlungen für die Umsatzsteuer zwangsweise eingezogen werden?

Das Oberste Verwaltungsgericht hat durch ein neues Urteil (Aktenzeichen L. rej. 1099/28) entschieden, daß die laufenden Anzahlungen auf die Umsatzsteuer („zaliczki"), die von denjenigen, die keine Handelsbücher führen, in vier Raten in Höhe der Umsatzsteuerveranlagung des Vorjahres bezahlt werden, nicht von den Steuerbehörden zwangsweise eingezogen werden dürfen. Bisher haben die Steuerbehörden in großem Umfange „zaliczki" mit Hinzurechnung von Verzugszinsen zwangsweise eingetrieben.

Diese Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts ist gerade für das Jahr 1930 von allergrößter Bedeutung, da gerade in diesem Jahre sich die Umsätze aller Unternehmen in ganz beträchtlichem Maße verringert haben, die Steuerbehörden aber trotzdem auf Bezahlung der „zaliczki" in voller Höhe der Veranlagung für das Jahr 1929 drangen.

P.

Nachweis des Exportes

Das Oberste Verwaltungsgericht hat in Sachen Reg. Nr. 148/28 bezüglich des Nachweises des Halb- und Fertigfabrikaten aller Art, von der Gewerbesteuer folgendes erklärt:

Das Gesetz über die staatliche Gewerbesteuer, das u. a. im Art. 3, Pkt. 15 den Export von Halb- und Fertigfrabrikaten aller Art, von der Steuer befreit, schreibt nicht die Art und Weise vor, auf welche der Steuerzahler zwecks Erlangung dieser Befreiung nachzuweisen hat, daß seine Erzeugnisse tatsächlich nach dem Auslande befördert wurden. Erst die Ausführungsvorschrift, die vom Finanzminister erlassen wurde, bestimmt, daß der Export von Halb- und Fertigfabrikaten aller Art durch ordnungsmäßig geführte Handelsbücher nachgewiesen werden muß, und überdies muß die Tatsache der Ausfuhr durch Zolldeklaration, bzw. deren Abschriften nachgewiesen werden. Jedoch kann diese Bestimmung mit Rücksicht auf die Mängel irgendwelcher Erfordernisse im Gesetz über die Durchführung eines Tatsachenbeweises nicht so verstanden werden, als ob die Steuerzahler, die die Steuerbefreiung verlangen, die Tatsache der Ausfuhr der Ware nach dem Auslande nur durch Handelsbücher und Zolldeklarationen nachweisen könnten, so daß der Nachweis dieser Bedingungen zur Zuerkennung der Steuerbefreiung auf eine andere Art ausgeschlossen sein müßte.

Augenscheinlich lag es in der Absicht des Gesetzgebers, den Export von Halb- und Fertigfabrikaten überhaupt im Interesse des Landes zu unterstützen, um in das Land ausländische Valuten zu ziehen und die Handelsbilanz auszugleichen und mittelbar auch die Zahlungsbilanz. Es ist also anzunehmen, daß der Gesetzgeber bei der sehr weitgehenden Begünstigung des Exports in der Absicht, ihn gänzlich von der Gewerbesteuer zu befreien, nicht gleichzeitig die Erlangung dieser Vergünstigung durch Einführung erschwerender und in vielen Fällen schwierig zu erfüllender Bedingungen, insbesondere durch die Führung der Handelsbücher erschweren und dadurch die Vergünstigung für eine große Gruppe von Unternehmern unzugänglich machen wollte, zum Schaden des Exports selbst und der mit ihm verbundenen Vorteile für das Land.

Falls dann entgegen diesen Voraussetzungen der Gesetzgeber einen qualifizierten Nachweis verlangen sollte, hätte er in dem erwähnten Artikel dem Steuerzahler die Verpflichtung auferlegt, Handelsbücher zu führen, so wie er dies z. B. beim Großverkauf im Art. 7 des Gesetzes getan hat.

Man muß also nach Ansicht des Tribunals zu dem Schluß kommen, daß die erwähnte Bestimmung der Ausführungsverordnung, falls sie dem Geiste des Gesetzes entsprechen soll, nicht den Nachweis des Exports mit allen Mitteln, über die der Steuerzahler verfügt, ausschließen kann, was natürlich in konsequenter Weise der Behörde das Recht gibt, in jedem Falle zu prüfen, ob der angebotene Nachweis für eine Durchführung sowie zur freiwilligen Schätzung der Ergebnisse des Beweisverfahrens in Frage kommt.

Holzdumping und Sklavenarbeit

Von **Hans vom Bach.**

Bei aller Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsverhältnisse und -formen in den europäischen und amerikanischen Ländern gibt es heute ein wirtschaftspolitisches Moment, das überall das gleiche Interesse, überall die gleiche Besorgnis findet: Das russische Dumping, der Schleuderexport der Sowjetunion, der in der Zeit der Krise die Nervosität des Weltmarktes und der Binnenmärkte bis zum Unerträglichen steigert. Der Sowjetunion wird vorgeworfen, sie biete in unfairer Weise Rohstoffe und neuerdings auch Fertigwaren weit unter den russischen Inlandspreisen und Gestehungskosten im Auslande an und schädige so die Wirtschaft der betroffenen Länder auf das schwerste. Und das, obgleich ein grosser Teil der Waren keinesfalls aus Ueberschüssen herrühre, sondern, wie bei Getreide und anderen Lebensmitteln, einer hungernden Bevölkerung brutal entzogen werde.

In den Vordergrund dieser Erscheinungen hat sich in der letzten Zeit das russische Holzdumping geschoben. Unter der gesteigerten Holzeinfuhr aus Russland leidet vor allem die deutsche Forstwirtschaft, und hier am stärksten die des deutschen Ostens. Steigende Arbeitslosigkeit unter den Holzfällern und Waldarbeitern ist ihr sichtbarster Ausdruck. Einige Zahlen mögen die Bewegung des Holzhandels Russlands mit uns klarstellen. Bei einer Minderung unseres Inlandsverbrauches im Jahre 1930 gegen 1929 um volle 40 Prozent und einem Sinken der ausländischen Einfuhr von 14.6 auf 11.4 Millionen Festmeter stieg die russische Holzeinfuhr entgegen der aller anderen Staaten nicht nur prozentual, sondern sogar absolut, und zwar von 2,089 Millionen Festmeter auf 2,663 Mill. Festmeter. Infolge der russischen Unterbietung sanken die Holzpreise um 20—25 v. H. im Laufe des vergangenen Jahres. In den letzten Jahren konnte die Sowjetunion ihre Holzausfuhr fast auf das Doppelte heben: 1928: 5.5, 1929: 7.9, 1930: 10.5 Millionen Festmeter. Wie sehr Russland noch seine Holzausfuhr forcieren kann, erhellt daraus, dass die Fläche der Forsten in der gesamten Sowjetunion nach den letzten Angaben mit 618 Millionen Hektar berechnet wird, das bedeutet nicht weniger als 40 v. H. der gesamten Waldfläche der nördlichen gemässigten Zone.

Man fragt mit Recht, wie es den Russen möglich ist, das Holz zu einem so ausserordentlich niedrigen Preise auf den Markt zu bringen. Die Gründe liegen zum Teil in der eigentümlichen Struktur der kommunistischen Wirtschaft. Die Rentabilität der Ausfuhr jeder einzelnen Warenart ist bei einem Aussenhandelsmonopol, wie die Union es hat, nicht unbedingt erforderlich. Ausserdem befindet das Land sich in einer Inflationsperiode, die einen Vergleich des Wertes russischen Geldes mit ausländischen Devisen nicht zulässt. Russland braucht aber Devisen um jeden Preis, um Maschinen und andere Dinge im Auslande kaufen zu können, die es unbedingt zur Durchführung des Fünfjahresplanes benötigt.

Der Hauptfaktor aber, der Russland das billige Angebot ermöglicht, ist die Tiefe des Lohnes für die Waldarbeiter und Holzfäller. Die Ausbeutung der riesenhaften Waldbestände in Sibirien, dem Ural, vor allen Dingen in dem europäischen Nordrussland, wird in härtester Fronarbeit von der örtlichen Bevölkerung und den verschickten politischen Gefangenen besorgt. Ohne jede Geldentschädigung, nur gegen notdürftigste Nahrung, Wohnung und Kleidung müssen jene Sklaven des Sowjetsystems, „Klassenfeinde", Stimmlose und Kulaken, das Holz in jenen unwirtlichen Zonen fällen, zubereiten und an die Transportstränge bringen. Mitte Dezember 1929 verfügte Kalinin, dass alles darangesetzt werden müsse, das Holz an die erste Stelle der russischen Ausfuhr zu bringen. Der Einschlag sei darum mit allen Mitteln zu steigern, aber die Kosten müssten um wenigstens 37 v. H. gesenkt werden. Am 15. Februar 1930 forderte er die Dorfsowjets der Waldgebiet auf, die Bauern zur Holzfällerarbeit heranzuziehen. Als mit diesen Mitteln trotzdem nicht das gewünschte Ziel erreicht wurde, wurde die Verschickung von 900 000 geeigneten Arbeitern aus der Sowjetunion zum Norden befohlen. Als besonders geeignet fanden die nachgeordneten Sowjets die politisch Zweitklassigen, vor allem die durch ihre Tüchtigkeit zu „Kulaken" gestempelten Bauern, die sich bisher der Luderwirtschaft der Kollektive entzogen hatten. Gerade die deutschen Siedler in Russland haben sich wegen ihres Fleisses und ihrer Tüchtigkeit über das Normalniveau der russischen Ackerwirtschaften entwickelt und sind darum in erhöhtem Masse dem Kulakentum, der Stimmlosigkeit, der vollkommenen Entrechtung verfallen.

Zu Hunderttausenden wurden diese politischen Sträflinge in das Waldgebiet verschickt, die Angaben über die Zahlen schwanken, es sollen allein über 50 000 Deutsche darunter sein. Die Sowjetbehörden gaben als Arbeitspensum eine tägliche Leistung von 5 Festmetern je Arbeiter auf, tatsächlich wurden aber zuerst nur 2 Festmeter geleistet. Als alle Drohungen die Produktion nicht hoben, wurden aus den Komsomolzen, den roten Junggardisten, geeignete Leute als Aufsichtsbeamte ausgewählt und zur Kontrolle in die Lager geschickt. Der rührigen Tätigkeit dieser heruntergekommenen Burschen gelang es sehr bald, die Leistung auf 4—6 Festmeter je Mann und Tag zu heben.

Es fällt nicht schwer, sich ein Bild von der Art der Kontrolle jener Junggardisten zu machen, denen eine unbeschränkte Kommandogewalt über die Arbeiter zugestanden wurde. Sie entspricht durchaus der unmenschlichen Verschickungsmethode jener Unglücklichen in den Norden durch die Behörden. Die Berichte, die aus den Lagern zu uns dringen, sind erschütternd. Einige Bruchstücke aus solchen Briefen und Aussagen: „. . . in der Nacht überfallen . . . in geschlossenen Viehwagen abtransportiert bei 30 Grad Kälte . . . Als Nahrung bekommen wir 200 Gramm Schwarzbrot . . . Die Behandlung ist unmenschlich." Ein weiteres Bruchstück eines Briefes: „Man hat die Menschen fortgebracht. Wohin? Ihr kennt doch die Steinklüfte! Dort hat man sie vorläufig abgeladen, entblösst von allem, dem Wind und Wetter ausgesetzt. Wer noch keinen Jammer gesehen hat, der soll nur die Steinklüfte entlanggehen, dort wird er schon von weitem den Jammer sehen. Es sterben sehr viele Kinder, mehrere Frauen haben sich ertränkt." Und weiter: „Wir wurden 250 Kilometer zu Fuss getrieben, jeder musste seine Sachen tragen. Im Lager sind 30 000 Verbannte, davon 8000 Deutsche. Die Lage ist verzweifelt, wenn nicht bald Besserung kommt, müssen wir zugrunde gehen." Ein letztes Beispiel: „Der Wald ist sehr dicht und hoch, über zwanzig Meter. Der Boden ist durch und durch sumpfig, hinter uns liegen noch grössere Sümpfe, durch die man nur im Winter, wenn es gefroren hat, gehen kann. Hinter diesen Sümpfen aber steht das Militär mit Maschinengewehren, das uns nicht durchlässt, damit wir alle hier verhungern. Es wäre besser, wenn wir zu Hause totgeschossen worden wären, wir brauchten dann den ganzen Jammer hier nicht zu erleben."

Noch deutlicher und ergreifender als diese Berichte von deutschen Siedlern aus den russischen Lagern, die selbstverständlich ohne Zensur durch die Sowjets die Union verlassen haben, sind die Aussagen der Flüchtlinge. Die Russen haben lange versucht, die wahren Zustände vor der Oeffentlichkeit zu vernebeln. Und man hat auch die Berichte der ersten Flüchtigen mit Skepsis aufgenommen. Mit der Zeit aber, als immer mehr flohen und sich vornehmlich in Finnland sammelten, als deren Schilderungen immer die gleichen waren, konnte man an ihrer Richtigkeit nicht mehr zweifeln. Die englische Liga gegen den Sklavenhandel (!) hat sich der Sache angenommen und den Sir Allan Pim nach Finnland geschickt, die Angelegenheit zu untersuchen. Dieser Tage ist übrigens ein englisches Blaubuch über die Sklavenarbeit in den russischen Wäldern erschienen.

Es ist bezeichnend, dass gerade die Gegner der Sklaverei den Fall aufgreifen, aber es ist durchaus nicht falsch. Denn etwas anderes als Sklaven, als rechtlose Arbeitstiere sind jene Hunderttausende verschickter Waldarbeiter und Holzfäller nicht. Aus ihrer Fronarbeit schafft der Staat, der nicht nur von Kommunisten gern mit dem Paradiese verglichen wird, sich die Mittel zur Beunruhigung der Weltwirtschaft. Er erreicht auf diese Art und Weise zweierlei: das Geld zum inneren Aufbau Russlands und zur Festigung des Sowjetsystems einerseits, andererseits Arbeitslosigkeit in den Kundenländern und somit Radikalisierung der Arbeiterschaft und Verbreitung kommunistischer Ideen unter ihnen. Diese Ziele sind es den Sowjetmachthabern schon wert, um ihretwillen ein für Russland so wichtiges Produkt, wie das Holz es ist, zu verschleudern.

Moralische, wirtschaftliche und staatspolitische Gründe aber zwingen uns, alle Mittel der Handelspolitik anzuwenden, um uns das russische Mordholz vom Leibe zu halten.

Die Genfer Verhandlungen über den internationalen Landwirtschaftskredit

Die gemischte Kommission des finanziellen Völkerbundskomitees und des Internationalen Ackerbauamtes in Rom, die zur Untersuchung der Probleme eines internationalen Landwirtschaftskredites eingesetzt wurde, befasst sich in ihrer gegenwärtigen Sitzung mit dem Studium der technischen Bedingungen für die Organisation des internationalen Landwirtschafts-Kreditsystems. Der Kommission liegt jetzt die Antwort der östlichen und zentraleuropäischen Agrarstaaten auf den Fragebogen der Warschauer Konferenz vor. Die Antworten geben einen Ueberblick über das in den fraglichen Ländern angewandte Landwirtschafts-Kreditsystem, wobei festzustellen ist, dass überall langfristige und kurzfristige Kredite gleichzeitig gewährt werden, dass die dafür gezahlten Zinsen aber aussergewöhnlich hoch sind. Sie schwanken nämlich zwischen 7 und 25 Prozent. Die Gesamtschuldenlast der östlichen und zentraleuropäischen Agrarstaaten beläuft sich zur Zeit auf 1582 Millionen Dollar. Die Aufgabe der gemischten Kommission ist es nun, ein internationales Kreditsystem ausfindig zu machen, das die Agrarstaaten in die Lage versetzt, zu niedrigeren Zinssätzen Gelder zu erlangen. Man denkt hierbei an einen Satz von nicht mehr als 6 Prozent. Ein internationales Landwirtschafts-Kreditinstitut soll errichtet werden, dass auf Grund der Ausgabe von garantierten Obligationen auf dem internationalen Kapitalmarkt die Mittel für die Landwirtschaftskredite beschaffen soll. Die Frage der Garantien birgt begreiflicherweise grosse Schwierigkeiten in sich. Eine der ersten Fragen, welche in dieser Beziehung gestellt wurden, lautete, ob die Obligationen durch die Regierungen oder durch die Oeffentlichkeit garantiert werden sollen. Auch der niedrige Zinsfuss für den internationalen Landwirtschaftskredit und andere damit zusammenhängende Probleme gaben Anlass zu grossen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kommissionsmitgliedern.

Aufhebung der Autonomie der Bank Polski?

Stärkung des Einflusses des Staates bei der Besetzung der obersten Stellen

Der bekannte Volkswirtschaftler Dr. Zweig veröffentlicht im Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" einen aufsehenerregenden Artikel unter der Ueberschrift „Etatisierung der Bank Poski", der stark beachtet wurde und bereits eine Gegenerklärung der Leitung der Bank Polski ausgelöst hat, die allerdings nur ein Dementi darstellt, dem die uberzeugende Kraft abgesprochen werden muss. In diesem Artikel wird der Auffassung Ausdruck gegeben, dass die Gefahr einer Etatisation der Bank Polski in bedrohliche Nähe gerückt sei, indem die Regierung sich mit der Absicht trage, ihren Einfluss auf die Bank Polski noch weiterhin zu stärken. Man spreche von einer völligen Abhängigmachung der Direktion von der Regierung, die in allen wichtigen Fragen des Noteninstitutes die letzte Entscheidung haben solle. Dies würde einer völligen Aufhebung der Autonomie der Notenbank gleichkommen. Schon das gegenwärtige Statut verleihe der Regierung eine ganze Reihe von Aufsichts- und Kontrollrechten und sichere ihr einen entscheidenden Einfluss auf die Besetzung der obersten Stellen. Nach dem Statut werden der Präsident und der Vizepräsident vom Staatspräsidenten über Antrag des Ministerrates ernannt, ebenso wie eine Enthebung nur über Antrag des Ministerrates erfolgen kann. Der Finanzminister ist über jeden Schritt der Bank Polski genauestens informiert. Allmonatlich erstattet der Bankpräsident dem Finanzminister seinen Rechenschaftsbericht. Ueberdies ist der Finanzminister in der Bank Polski durch einen besonderen Bankkommissar repräsentiert, der an den Direktions- und Verwaltungsratssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen kann. Dieser Bankkommissar ist nun letztens nach dem Ausscheiden des amerikanischen Finanzberaters Devey in den Verwaltungsrat eingetreten und hat auf diese Weise den Einfluss der Regierung noch verstärkt. Die Unabhängigkeit der Bank Polski kommt heute lediglich nur noch in der Wahl des Verwaltungsrates durch die Generalversammlung zum Ausdruck — aber auch hier kann der Finanzminister Protest gegen die Wahl von Verwaltungsratsmitgliedern in jedem einzelnen Falle einbringen —, sowie in der Wahl der Direktion durch den Rat. Die Absichten der Regierung bewegen sich nun nach Zweig in der Richtung, den letzten Schimmer der Unabhängigkeit der Bank dadurch zu beseitigen, dass im Wege einer entsprechenden Statutsänderung das Recht der Wahl der Direktion durch den Rat aufgehoben wird und an deren Stelle eine Ernennung durch die Regierung treten soll. Auf diese Weise würden die obersten Stellen der Bank Polski ganz der Einflussnahme der Regierung unterworfen werden.

Zweig warnt vor derartigen Massnahmen gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo der Staat schon mit ernsten Budgetschwierigkeiten zu kämpfen hat und wo die Devisen- und Kapitalsflucht nach dem Auslande noch immer andauert. Er befürchtet von derartigen Massnahmen eine weitere Verschärfung der Vertrauenskrise im In- und Auslande.

Es bleibt abzuwarten, ob diese von Zweig angekündigten Massnahmen in die Tat umgesetzt werden. Tatsächlich erhebt der Etatismus, gegen den schon seit Jahren vergeblich von den Wirtschaftskreisen Sturm gelaufen wird, immer kühner sein Haupt, und es genügt in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass vor etwa eineinhalb Jahren die zwei verdienstvollen langjährigen Leiter der Bank Polski, der Präsident Karpiński und der Vizepräsident Dr. Młynarski, von ihrer Stellung entfernt wurden und diese Posten mit Männern besetzt wurden, die weder die entsprechende Erfahrung, noch das notwendige Wissen für diesen Posten mitgebracht hatten.

Ist der Tiefpunkt der Krise erreicht?

Symptome langsam beginnender Besserung. — Sparsamkeitsbewegung in England. — Nutzanwendung für Polen

Der Präsident des amerikanischen Stahltrustes, James Farell, ist der Meinung: Industrie und Handel haben den schwierigsten Punkt überschritten. Diese Ansicht stimmt mit jener von Sir Harry Groschen überein, dem Präsidenten der Nation Provincial Bank, einer von den fünf Grossbanken von England, der in der Generalversammlung erklärte: Nach dem jetzt erreichten Tiefpunkt der Rohstoffpreise ist eine weitere Preisherabsetzung nicht zu erwarten. Günstig ist ebenfalls die Tatsache, dass die Aufträge des Stahltrustes im Januar sich erhöht haben und dass sowohl der Absatz der elektrischen Industrie wie auch der Autoindustrie in Amerika sich verbessern konnte. Eine Viertelmillion Arbeiter wurde in diesem Erwerbszweig neu eingestellt. Auch der Bericht der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft ist keineswegs auf absoluten Pessimismus gestimmt. Er spricht vom wieder erwachenden Vertrauen zu Deutschland, von der gefestigteren Haltung der ausländischen Börsen, er erwähnt das Faktum, dass die amerikanischen Bankaktien sich um 20 Prozent von ihrem niedrigsten Stande erholten, ferner von der Kurserhöhung der deutschen Anleihe in den Vereinigten Staaten.

Es ist trotzdem wahrscheinlich, dass noch lange Zeit verstreichen wird bis zu einem starken Auftrieb in der Weltwirtschaft. Wenn man die Worte Dr. Krupps v. Bohlen in der Generalversammlung zu Essen auf sich wirken lässt, so ist klar ersichtlich, dass noch sehr wichtige innere Reformen nötig sind, besonders in den mitteleuropäischen Staaten, ehe die Privatwirtschaft wiederum gedeihen kann. Dr Krupp v. Bohlen erklärte, dass sozialer Wohlstand nur durch die Wirtschaft, nicht aber gegen die Wirtschaft erzielt werden könne. Die staatliche Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik, so sagte der Redner wörtlich, hat unsere Selbstkosten immer weiter hinaufgetrieben und sie schliesslich, losgelöst von weltwirtschaftlichen Zusammenhängen, zur Erstarrung gebracht. Die deutsche Eisenindustrie vermag daher die notwendige Anpassung an die Weltmarktverhältnisse nicht zu vollziehen, sie kann nur unter den schwersten Verlusten Absatz finden, sie wird aus dem internationalen Geschäft mehr und mehr verdrängt. Ausländische Kohle vermag heute bereits bis ins Weichbild des Ruhrgebietes vorzudringen. Die Ausgaben für Steuern, Sozialabgaben und Pensionen haben im verflossenen Jahre das Bruttoerträgnis des Kruppschen Unternehmens erheblich überschritten. Dr. Krupp beschränkte sich jedoch nicht auf die Kritik, er machte einen positiven Vorschlag, der sicher ausserordentliches Interesse verdient. Denn er steht im Gegensatz zu jener Taktik, die einzig in der sozusagen linearen Lohnverminderung ihr Heil sieht. Dr. Krupp geht von der Annahme aus, man müsse versuchen, mit dem bisherigen Aufwand für Löhne und Gehälter mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege auch billiger zu produzieren. Es müsste also der Arbeitnehmer eine Kürzung des Lohnes ertragen, zugleich jedoch, wie Dr. Krupp hervorhob, müsste eine Garantie gegeben werden für eine gewisse Mindestbeschäftigung. Dem Unternehmer fiele die Aufgabe zu, für vermehrte Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen, durch Ausführung, vielleicht zunächst unproduktiver Arbeiten. Es ist natürlich die Frage, ob Mehrproduktion unter den heutigen Verhältnissen überhaupt einen Sinn hat, es ist auch die Frage, ob die Vermehrung der Zahl der Arbeiter einen genügenden Abstrich bei den Selbstkosten brächte angesichts des unbedingten Zwanges zur Restriktion bei mangelnder Aufnahmefähigkeit des Marktes.

Jedenfalls wäre es wohl der Mühe wert, den Grundgedanken Krupps genauer Ueberlegung zu unterziehen. Und sicher ist, dass sein Hinweis auf die staatliche Sozial- und Lohnpolitik allgemein Zustimmung finden wird. In England ist jetzt eine wichtige Bewegung im Gange, der Verschwendung Halt zu gebieten und dem Skandal des ununterbrochenen Steigens der Ausgaben ein Ende zu machen. Lord Grey und Mr. Nunciman stehen an der Spitze dieser Agitation im edelsten Sinne des Wortes, und der frühere Minister des Aeusseren hat in beredten Auseinandersetzungen die Tatsache hervorgehoben, dass seit der Vorkriegszeit die Ausgaben sich um beiläufig achtundsechzig Millionen Pfund gesteigert haben, das sind 2500 Millionen Złoty. Es wird jedoch von kompetenten Männern der Wirtschaft versichert, dass diese Schätzung noch immer nicht ausreiche, seit dem Jahre 1923 sei in Wirklichkeit die Steigerung mit 100 Millionen zu bezechnen. Lord Grey fordert das, was auch wir immer verlangt haben, nämlich die Festsetzung einer unbedingt einzuhaltenden Grenze in den Ausgaben. Alle Parteien, so sagt Lord Grey, hätten gleichmässig Mitschuld an diesen Verhältnissen, sie hätten alle zusammen teilgenommen an dem Wettlauf zur Erhöhung der Ausgaben. Wird man in Polen endlich verstehen, dass, wenn schon England, das mächtige Reich, eine Erhöhung der Ausgaben nicht erträgt, die seit dem Jahre 1923 doch nur ein Siebentel der Ausgaben beinhaltet, wird man verstehen, dass Polen noch viel weniger in der Lage ist, eine Steigerung der Ausgaben in demselben Zeitraum über sich ergehen zu lassen? Besonders die Regierung sollte wohl begreifen, wie sehr das wahre Interesse der Volkswirtschaft Sparsamkeit bedingt. Ein Ausweg aus der Krise kann nur in der Anpassung der Produktionskosten an die Möglichkeit des Absatzes liegen, sie kann nur in einer Budgetkritik liegen, die zur Verminderung der Ausgaben leitet, sie kann nur aus dem Gedanken entspringen, dass, wenn Amerika sich wieder erholen würde, auch die kleineren Staaten endlich mit den grossen den Vorteil geniessen müssten einer aufsteigenden Konjunktur und einer besseren ökonomischen Kraftentwicklung.

Rückläufige Ausfuhr im Januar

Nach provisorischen Berechnungen des Statistischen Hauptamtes wurden aus Polen inkl. der Freistadt Danzig im Januar 1931 1 417 507 t Waren ausgeführt; der Ausfuhrwert betrug 152.4 Mill. Złoty. Gegenüber Dezember senkte sich der Export mengenmässig um 272 000 t und wertmässig um 30.6 Mill. Złoty. Die wichtigsten Veränderungen in der Januar-Ausfuhr ergeben folgendes Bild. Zurückgegangen ist in erster Linie die Ausfuhr von saisonmässigen Artikeln, und zwar: Lebensmittelartikel um 6.2 Mill. Złoty, darunter im einzelnen Getreide um 2.7 Mill. Złoty, Zucker um 2.3 Mill. Złoty, Eier um 1.7 Mill. Złoty, sowie Viehfutter um 1.4 Mill. Złoty, während gleichzeitig die Ausfuhr von Fleisch um 2.8 Mill. Złoty und von Butter um 1.5 Mill. Złoty sich erhöht hat. Einen Rückgang zeigt ferner der Export von Borstenvieh um 6.1 Mill. Złoty, besonders fühlbar ist aber der Rückschlag bei Holz, nämlich um 9.9 Mill., hier wiederum in Balken, Brettern und Laften um 6.9 Mill. Złoty. Rückgängig war ferner der Export in Heizmaterial, namentlich in Kohle um 2.2 Millionen Złoty, und ferner ist die Ausfuhr von Hütten- und Walzerzeugnissen stärker zurückgegangen, namentlich von Schienen, Eisen und Stahl (4.5 Mill. Złoty), Eisen- und Stahlblech (1.1 Mill. Złoty) und Zink (1.1 Mill. Złoty). Hingegen zeigt die Ausfuhr von Leder und Rohfellen einen Anstieg von 2.3 Mill. und der Export von Kunstdünger eine Steigerung um 1.3 Millionen Złoty.

Der polnisch-tschechoslowakische Schweinekrieg

Staatsbeihilfen für den polnischen Viehexport?

Die vor zwei Wochen in Prag begonnenen Verhandlungen über eine Milderung der tschechoslowakischen Zollbestimmungen, durch die die polnische Schweineausfuhr nach der Tschechoslowakei unterbunden wurde, haben sich zerschlagen, und die polnische Delegation ist ohne Ergebnis nach Warschau zurückgekehrt. Die polnischen Forderungen wurden tschechischerseits mit der Begründung abgelehnt, dass die betreffenden Vergünstigungen auch Ungarn zugute kommen würden, demgegenüber die Tschechoslowakei seit der am 15. Dezember 1930 erfolgten Kündigung des Handelsvertrages durch ein Meistbegünstigungsabkommen gebunden ist. Der Sperrung des tschechoslowakischen Schweinemarkts wird in Warschau eine so grosse Bedeutung beigemessen, dass die polnische Presse trotz des Bestehens des polnisch-tschechoslowakischen Handelsvertrages bereits von einem Wirtschaftskrieg spricht, den Prag gegen Polen eröffnet habe. — Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten beim Absatz von Schweinen und Vieh in der Tschechoslowakei hat der Wirtschaftsausschuss des polnischen Ministerrates, wie die „Ajencja Wschodnia" mitteilt, den Beschluss gefasst, bei „Pioniertransaktionen" zur Schweine- und Rindviehausfuhr nach einigen westeuropäischen Ländern den Exporteuren die erlittenen Verluste zurückzuerstatten. Dieser Beschluss kommt den Wünschen der interessierten polnischen Exportorganisationen entgegen, die vor einiger Zeit die Festsetzung von Exportprämien für die Schweine- und Viehausfuhr namentlich nach Frankreich und Italien verlangt haben.

Die mit den Wiener Kommissionären unterzeichnete Vereinbarung über eine Verlängerung des polnisch-österreichischen Schweinekontingents bis Ende dieses Jahres wird polnischerseits als in ihren wesentlichsten Teilen für die polnischen Interessen günstig bezeichnet. Die im Januar über das Kontingent hinaus eingeführte überschüssige Menge polnischer Schweine soll durch eine entsprechend verringerte Einfuhr im Laufe der nächsten zweieinhalb Monate wieder ausgeglichen werden.

Märkte

Getreide. Warschau, 16. Februar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Kurse sind auf Grund der Marktpreise für 100 kg in Złoty, Parität Waggon Warschau, festgesetzt: Roggen 17.75 bis 18.50, Weizen 23—24, Einheitshafer 19.50—20.50, Sammelhafer 18—19, Grützgerste 17.50—18.50, Braugerste 24—25, Weizenluxusmehl 50—60, Weizenmehl 4/0 40—50, Roggenmehl nach Vorschrift 32—34, mittlere Weizenkleie 13.50—14.50, Roggenkleie 11.50—12.25, Leinkuchen 28—29, Rapskuchen 18—19, Feld-Speiseerbsen 24—27, Viktoriaerbsen 29—33, Rotklee 270—340, Weissklee 270—350, Wicken 30—32, Seradella 55—65, Peluschken 33—35. Mittlere Umsätze bei ruhigem Marktverlauf.

Posener Viehmarkt.

Posen, 17. Februar 1931.

Auftrieb: Rinder 645, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1680, Kälber 717, Schafe 253, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3295.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	92—102
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	80—90
c) ältere	66—76
d) mäßig genährte	50—56
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	84—92
b) Mastbullen	72—82
c) gut genährte, ältere	64—70
d) mäßig genährte	50—56
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	92—100
b) Mastkühe	80—90
c) gut genährte	60—70
d) mäßig genährte	40—50
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	90—100
b) Mastfärsen	80—88
c) gut genährte	66—76
d) mäßig genährte	50—56
Jungvieh:	
a) gut genährtes	50—56
b) mäßig genährtes	40—50
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	100—110
b) Mastkälber	80—90
c) gut genährte	68—78
d) mäßig genährte	54—64

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	130—140
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	104—120
c) gut genährte	86—90
d) alte Mutterschafe	70—80

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	124—128
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	116—122
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	106—114
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	96—104
e) Sauen und späte Kastrate	104—116
f) Bacon-Schweine	104—108

Marktverlauf: normal

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Rückgang des polnischen Zuckerexports

In den ersten drei Monaten der laufenden Kampagne (Oktober—Dezember 1930) hat der polnische Zuckerexport im Vergleich zum gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres einen erheblichen Rückgang erfahren, und zwar wurden über Danzig 113 627 t (gegen 185 128 t im Vorjahre), über Gdingen 42 230 t (81 108 t) und über Hamburg 21 740 t (76 520 t) ausgeführt. Wie ersichtlich, ist der Anteil Hamburgs an der polnischen Zuckerausfuhr auch relativ stark zurückgegangen.

Märkte.

Getreide. Posen, 17. Februar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Transaktionspreise:

Roggen 30 to	17.10
Roggen 60 to.	17.00
Roggen 45 to	.6.75
Roggen 45 to.	16.25

Richtpreise:

Weizen	21.75—22.25
Mahlgerste	19.00—20.00
Braugerste	24.00—26.00
Hafer	17.50—18.50
Roggenmehl (65%)	27.00
Weizenmehl (65%)	35.75—38.75
Weizenkleie	12.50—13.50
Weizenkleie (dick)	14.00—15.00
Roggenkleie	11.75—12.75
Rübsamen	41.00—43.00
Senf	42.00—47.00
Sommerwicke	28.00—31.00
Peluschken	32.00—35.00
Viktoriaerbsen	24.00—28.00
Seradella	58.00—64.00
Blaulupinen	19.00—21.00
Gelblupinen	29.00—32.00
Klee, rot	200.00—300.00
Klee, weiss	270.00—370.00
Klee, schwedisch	180.00—210.00
Klee, gelb, ohne Schalen	110.00—125.00
Klee, gelb, in Schalen	58.00—65.00
Timothyklee	80.00—100.00
Raygras	95.00—110.00
Buchweizen	24.00—27.00

Gesamttendenz: ruhig Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 410 to, Weizen 479 to, Gerste 15 to.

Produktenbericht. Berlin, 16. Februar. Ruhig, aber stetig. An den Grundlagen des Produktenmarktes hat sich kaum etwas geändert. Das Geschäft konnte sich auch zu Beginn der neuen Woche nicht nennenswert beleben. Für das weiterhin geringe Inlandsangebot von Brotgetreide waren die Forderungen zwar um 1—1½ Mark erhöht, die Gebote lagen im allgemeinen aber nur im Einklang mit der Bewegung im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft ½ Mark über Sonnabendniveau. Da die Preisspanne schwer zu überbrücken war, blieben die Umsätze allgemein gering. Weizenmehl ist zu Sonnabendpreisen etwas gefragt, höhere Forderungen der Mühlen bleiben aber unberücksichtigt. In Roggenmehl zeigt sich vereinzelt mehr Verkaufslust. Hafer ist ausreichend angeboten, der Absatz gestaltet sich auch an der Küste recht schleppend, auf Untergebote erfolgen allerdings auch nur vereinzelt Zusagen. Gerste bleibt ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 16. Februar. Schweinenotiz Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg 1.40—1.80 zł. Aufgetrieben wurden 873 Stück. Tendenz: fest. Der Preis ist um 5—15 Groschen gestiegen.

Kartoffeln. Berlin, 16. Februar. Speisekartoffeln: Weisse 1.20—1.40, rote und Odenwälder blaue 1.30 bis 1.50, gelbfleischige 1.70—1.90; Fabrikkartoffeln 6,5 Pfg. pro Stärkeprozent.

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %	17. 2.	16. 2.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł.)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł.)	48.50G	48.25G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1929	—	—
8% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	—	92.00G
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	87.50B	—
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	36.50G	36.00G
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe		—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	—	—
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos.Pr.-Obl. m. p.Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	-	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	
8% Hypothekenbriefe	—	-

Tendenz: unverändert.

G = Nachfrage B = Angebot, + = Geschäft, * ohne Umsatz.

Industrieaktien

	16. 2.	14. 2.		16.2.	14. 2.
Bank Polski	151.25	151.25	Węgiel	—	33 75
Bank Dyskont.	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i W.	—	108.00	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	67.50	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	21.50	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	8.50
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Orthwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	49.00
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	12.00	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Stąporków	—	—
Siła i Światło	—	72.00	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Goslawice	—	—	Br. Jabłków	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	31.00	—	Herbata	—	—
Firley	—	—	Spirytus	—	—
Łazy	—	—	Żegluga	—	—
Wysoka	—	—	Majewski	—	—
Sole Potasowe	—	—	Kijewski	—	—
Drzewo	—	—	Mirków	—	-

Tendenz: ruhig.

Warschauer Börse

Warschau, 16. Februar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.912, Goldrubel 4.75, Tscherwonetz 0.56 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Berlin 212.09, Budapest 155.70, Bukarest 5.3075, Danzig 173.24, Helsingfors 22.45, Spanien 87.40, Kairo 44.46, Kopenhagen 238.65, Prag 26.4025, Riga 171.70, Sofia 6.47½, Tallinn 237.44, Italien 46.72, Montreal 8.918.

Fest verzinsliche Werte

	16. 2.	14. 2.
5% Dollarprämien-Anleihe (II. Serie (5 Doll.)	—	—
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	49.50	49.50
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	70.50	
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	103.00	103.00
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	—	44.00
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	96.0	95.00
7% Stabilisierungsanleihe	81.25	—

Amtliche Devisenkurse

	16. 2 Geld	16. 2. Brief	14. 2 Geld	14. 2. Brief
Amsterdam	357.25	359.05	357.22	359.02
Danzig	—	—	—	—
Berlin*)	211.80	212.42	211.77	212.41
Brüssel	124.02	124.64	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.24	43.46	43.2450	43.46
New York (Scheck)	8.898	8.938	8.898	8.938
Paris	34.89	35.07	34.89	35.07
Prag	—	—	26.34	26.4650
Rom	—	—	46.60	46.84
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	238.26	239.46	238.26	239.46
Oslo	238.07	239.27	—	—
Bukarest	—		—	—
Budapest	—	—	—	—
Wien	125.09	125.71	125.07	125.69
Zürich	171.74	172.60	171.70	172.56

*) Ueber London errechnet.

Tendenz: uneinheitlich. Dollar schwächer.

Danziger Börse.

Danzig, 16. Februar. Reichsmarknoten 122.38, Złotynoten 57.71½, London 25.01¼, Dollarnoten 5.1505.

Am Devisenmarkt war das Pfund heute mit 25.01¼ für Scheck London notiert, Reichsmarknoten 122.38, Auszahlung Berlin 122.40, Dollarnoten 5.1453—1557, Złotynoten 57.66—77, Auszahlung Warschau 57.65—76.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 17. Februar. (R.) Nachdem es vorbörslich auf Grund der bestehenden Orderlosigkeit noch sehr geschäftslos und ziemlich zurückhaltend war, brachten die ersten Notierungen dann doch überwiegend 1—2prozentige Kursbesserungen. Die Spekulation, die von gestern noch Verschiedenes schuldig war, deckte, zumal die vorliegenden Momente aus der Wirtschaft eher günstiger Natur waren. Auch zeigte der Reichsbankausweis für die zweite Februarwoche mit ca. 210 Millionen eine ganz gute Entlastung. Geld bleibt unverändert angespannt, Tagesgeld 5—7 Prozent, Reichsschuldbuchforderungen lebhafter nud bis 1 Prozent fester. Kunstseidewerte plus plus und 3—4 Prozent höher, Rhein. Braunkohle plus 6 Prozent, Chadeaktien plus 9 Mark usw. Im Verlaufe weiter befestigt, besonders Kali-Aktien, Tietz, Berger, Kunstseide usw.

Industrieaktien

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	17 2	16. 2.		17 2	16. 2.
Accumulator	—	—	Laurahütte	—	—
Adlerwerke	—	—	Lorenz	—	—
Aschaffenburg	—	—	Motor. Deutz	—	—
Bemberg	63.25	58.25	Nordd. Wolle	57.00	—
Berger. Tiefb.	—	—	Pöge. Eltr.-W.	—	—
Dt. Kabelw.	—	—	Riedel	—	—
Dt. Wolle	—	—	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenhd.	38.25	37.25	Sarotti	—	—
Feldmühle	111.00	109.50	Schl. Bgb. u. Zk.	—	—
Körting, Gebr.			Schl. Textil		-
Hohenlohe	—	—	Schub. u. Salz.	141.00	136.25
Humboldt	—	—	Stollb. Zink	—	—
Lahmeyer	—	—			

Tendenz: freundlich.

Terminpapiere

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	17. 2.	16. 2.		17. 2.	16. 2.
Dt. R.-Bahn	88.00	87.50	Ges. f. e. Unt.	110.12	106.50
A.G.f.Verkehr	54.00	51.75	Goldschmidt	37.25	—
Hamb. Amer.	64.00	61.25	Hbg. Elkt. W.	—	—
Hamb. Südam.	127.75	122.50	Harpen. Bgw.	71.50	70.00
Hansa	—	—	Hoesch	64.00	62.12
Nordd. Lloyd	67.00	63.75	Holzmann	77.00	—
Al.Dt.Kr. Ants.	96.75	97.00	Ilse Bergbau	168.50	—
Barmer Bank	100.00	100.50	Kali Asch.	—	—
Berl. Hls. Ges.	119.00	118.50	Klöcknerw.	58.00	55.25
Com. u. Pr. Bk.	109.37	109.00	Köln-Neuess.	—	68.00
Darmst. Bank	136.50	137.00	Mannesmann	66.87	65.12
Deutsch. Bank	106.50	106.50	Mansf. Bergb.	33.00	—
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	—	—
Dresdner Bank	106.50	106.50	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch. K.Bk.	—	-	Obschl. Eis. Bd	-	—
Reichsbk. Neue	151.75	147.50	Obsch. Koksw.	73.87	69.50
Schulth. Patz.	171.75	165.00	Orenst. u. Kop.	47.87	45.00
A. E. G.	102.75	98.50	Ostwerke	—	—
Bergmann	—		Phönix Bgbau	56.25	55.00
Berl. Masch.-F.	—	—	Rh. Braunkoh.	160.00	—
Buderus	48.00	—	Rh. Elktr. W.	—	—
Cop. Hisp. Am.	271.00	259.00	Rh. Stahlw.	70.25	66.75
Charl. Wasser	90.00	87.00	Riebeck	—	—
Conti Cautch	112.50	—	Rütgerswerke	47.50	45.62
Daimler-Benz	23.75	22.50	Salzdetfurth	207.00	201.50
Dessauer Gas	115.25	110.25	Schl. Elek.-W.	111.50	—
Dt. Erdöl-Ges.	66.50	63.25	Schuck. u. Co.	120.50	116.50
Dt. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	177.50	172.00
Dynam. Nobel	—	64.00	Tietz, Leonh.	111.00	105.25
El. Lief.-Ges.	122.50	—	Transradio	—	—
El. Licht u. Kr.	116.87	112.75	Ver. Glanzstoff	—	—
Essen Steink.	—	—	Ver. Stahlw.	—	56.75
I. G. Farben	136.75	130.75	Westeregeln	—	—
Felten u. Guill.	80.00	76.87	Zellst. Waldh.	95.00	89.00
Gelsenk. Bgw.	76.25	75.50	Otavi	34.00	33.25

	17 2	16 2.
Ablös.-Schuld	53.00	52.90
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht	5.30	5.12

Amtliche Devisenkurse

	16. 2. Geld	16. 2. Brief	14. 2. Geld	14. 2. Brief
Buenos Aires	1.333	1.337	1.327	1.331
Bukarest	2.498	2.502	2.499	2.505
Canada	4.203	4.211	4.203	4.211
Japan	2.082	2.086	2.079	2.083
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.42	20.46	20.421	20.461
New York	4.2035	4.2115	4.2050	4.2130
Rio de Janeiro	0.363	0.36[illegible]	0.362	0.364
Uruguay	2.903	2.90[illegible]	2.887	2.893
Amsterdam	168.70	169.04	168.75	169.09
Athen	5.445	5.455	5.445	5.455
Brüssel	58.54	58.66	58.54	58.66
Danzig	81.61	81.77	81.61	81.77
Helsingfors	10.578	10.598	10.579	10.599
Italien	22.005	22.045	22.00	22.04
Jugoslavien	7.399	7.413	7.39[illegible]	7.413
Kopenhagen	112.42	112.64	112.42	112.64
Lissabon	18.84	18.88	18.85	18.89
Oslo	112.39	112.61	112.41	112.63
Paris	16.47	16.51	16.474	16.514
Prag	12.44	12.46	12.443	12.463
Schweiz	81.08	81.24	81.08	81.24
Sofia	3.044	3.050	3.042	3.048
Spanien	41.81	41.89	41.06	41.14
Stockholm	112.50	112.72	112.51	112.73
Tallinn	111.89	112.11	111.89	112.11
Budapest	73.36	73.50	73.36	73.50
Wien	59.05	59.17	59.08	59.20
Kairo	20.93	20.97	20.9[illegible]5	20.975
Reykjawik 100 Kronen	92.03	92.21	92.03	92.21
Riga	80.90	81.06	80.8[illegible]	81.05
Kaunas (Kowno)	41.98	42.06	42.01	42.09
Warschau	—	—	—	—

Ostdevisen. Berlin, 16. Februar. Auszahlung Posen 47—47.20 (100 Rm. = 211.86—212.77). Auszahlung Warschau 47—47.20, Auszahlung Kattowitz 47 bis 47.20; grosse polnische Noten 46.875—47.275.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen ohne Gewähr.

Posener Kalender

Wohin gehen wir heute?

Theater:

Teatr Wielki.

Dienstag, 17. 2.: Ballettabend „Die Millionen des Harlekins“ und „Rhapsodie von Liszt“.
Mittwoch, 18. 2. nachm.: „Die Gräfin“.
Mittwoch, 18. 2. abends: „Die toten Augen“.
Donnerstag, 19. 2.: „Das Veilchen von Montmartre“.

Beginn 8 Uhr.

Teatr Polski.

Dienstag, 17. 2.: „Von bösen und guten Frauen“.
Mittwoch, 18. 2.: „Von bösen und guten Frauen“.
Donnerstag, 19. 2.: „Frau Minister“.

Beginn 8 Uhr.

Teatr Nowy.

Dienstag, 17. 2.: „Menschen im Hotel“.
Mittwoch, 18. 2.: „Menschen im Hotel“.

Beginn 8 Uhr.

Revue-Theater.

Täglich: „Die Rückkehr des Vaters“.

Kinos:

Apollo: „Am Schandpfahl“.
Casino: „Pat und Patachon als blinde Passagiere“.
Colosseum: „Gespensteraugen“ und „Kalifornien“.
Metropolis: Rumänische Rhapsodie.
Odeon: „Im Banne der Liebe“.
Renaissance: „Das Golgatha der ehrlichen Frau“.
Słońce: „Die Drei“. (Trojka.)
Wilson: „Fürstenblut“.

Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 19. Februar.

Posen: 7: Morgengymnastik. 7.15: Morgenztg. 12: Zeitsignal. 12.35: Von Warschau: Konzert für die Schuljugend. 14: Börsen- und Marktnotierungen. 14.15: Landw. Berichte. 17.45: Von Warschau: Konzert. 20.15: Beiprogramm. 20.30: Beethoven-Konzert. 21.30: Von Warschau: Hörspiel. 22.30—23: Opernarien.

Breslau-Gleiwitz. 9: Von Köln: Schulf. 12.35: Was der Landwirt wissen muß. 15.20: Kinderf. 15.45: Chopin (Schallpl.). 16.15: Das Buch des Tages. 16.30: Jos. Szigetti geigt (Schallpl.). 18.35: Stunde der Arbeit. 19.30: Wetter für die Landwirtschaft. Anschl.: Heit. Abendmusik. 21.10: Die Musik der Oper: „Die Entführung aus dem Serail.“ 22.45—0.30: Unterhaltungs- u. Tanzmusik.

Königswusterhausen. 9: Von Köln: Schulfunk. 10.10: Schulfunk. 12: Von allem etwas (Schallpl.) 14: Von Berlin: Schallplatten. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagogischer Funk. 16.30: Von Berlin: Konzert. 19: Stunde des Landwirts. 19.30: Von Breslau: Heitere Abendmusik. 20.30: Hochschulfunk. 21: Von Berlin: Nachrichten. 21.10: Von Mühlacker: „Der Wunderdoktor“. 22.20—0.30: Uebertragung von Berlin 22.20: Nachrichten. Anschl. bis 0.30: Tanzmusik.

Nachtdienst der Aerzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Aerzte“, ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telephon 5555 erteilt.

Nachtdienst der Apotheken vom 14. bis 21. Februar. Apteka pod białym Orłem, Stary Rynek Nr. 41; Apteka Św. Piotra, ul. Półwiejska 1; Apteka Św. Marcinska, ul. Franc. Ratajczaka 12. — Lazarus: Apteka p. Plucińskiego ul. Marsz. Focha 72. — Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. — Wilda: Apteka Fortuna, Górna Wilda 95. — Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, die Apotheke der Eisenbahnkrankenkasse, St. Martin 18, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, ul. Pocztowa 25.

Wetterkalender

der Posener Wetterwarte für Dienstag, 17. Februar

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 8 Grad. Ostwinde. Barometer 742. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur — 6, niedrigste — 9 Grad Cels.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 18. Februar

Größtenteils trübe und wieder etwas kälter, mit Neigung zu leichten Schneefällen. Oestliche Winde.

Briefkasten der Schriftleitung

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 11 bis 12 Uhr.

F. R. 100. 1. Die Möglichkeit besteht; wenden Sie sich an das Deutsche Generalkonsulat in Posen; Sie werden auch dort näher erfahren, ob gegenwärtig Aussicht hierfür besteht. 2. Nein. Die Optanten werden vom Jahre 1931 an den übrigen Ausländern gleichgestellt, d. h., sie können sich, wie alle anderen Ausländer, auf ein polnisches Dauervisum in Polen dauernd niederlassen.

R. A. 100. Eine Einwilligung des Urząd Ziemski ist unseres Erachtens nicht erforderlich.

D. A. Eine Kürzung der Lohnzahlungen in Höhe des Krankengeldes ist möglich. Von den Lohnzahlungen können Sie auch die Rente abrechnen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Rente entzogen wird, wenn der Verdienst des Rentenempfängers eine gewisse Grenze übersteigt.

G. R. 78. Wenn die Sache sich genau so zugetragen hat, wie Sie sie uns schildern, vor allem, wenn Sie aus freien Stücken ohne aufgefordert zu sein, ihrem Nachbarn von dem Hasen Mitteilung gemacht haben, ist die Strafe unberechtigt und Sie können evtl. gerichtlich Einspruch erheben.

Nr. 245 O. St. Wenn Sie die Anmeldungen zur Arbeitslosenunterstützung in der von Ihnen geschilderten Weise vorgenommen haben, haben die Arbeiter ihres Betriebes, auch wenn in ihm weniger als fünf Arbeiter beschäftigt waren, nach ihrer Entlassung Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Wenden Sie sich mit ihrem Einspruch an den Zarząd Obwodowy Funduszu Bezrobocia Poznań.

Filmschau

„Trojka“

Endlich ein Film in Posen, den man vorbehaltlos loben und mit bestem Gewissen empfehlen kann. Wir gratulieren der Direktion des Kinos „Słońce“ zu diesem guten Griff, denn wir können uns niemanden denken, den dieser Film nicht ergreift. Hier hat eine starke Meisterhand (Stryszewski) Regie geführt, die Photographie ist vorbildlich, die russischen Melodien in Rhythmus und Dynamik unwiderstehlich, weil sie echt sind, die Schauspieler ohne Ausnahme gut, so daß es schwer fällt, Namen zu nennen. Erwähnt seien wenigstens Schlettow, Olga Czechowa und Michael Czechow. Aber die andern, diese russischen Frauen, Bauern, Popen und Nonnen sind nicht schlechter, vor allem nicht jene ungenannte Frau, die die Rolle der Natasza gab. Der Film spielt im Vorkriegsrußland, zeigt, wie in das Glück einer schlichten, gesunden Bauernfamilie eine Dame der „besten“ Kreise hereinbricht, Verwirrung und Elend bringt. Und doch kein sozialer Film, weil er ohne Aufdringlichkeit und propagandistischer Tendenz ist. — Ein Zufall, ein Mißverständnis im Grunde zerstört das Glück der Familie. Kein Wort der Schuld oder der Anklage wird laut. Das Leben ist halt diesen absonderlichen Weg gegangen. Niemand kann dafür!

Wir freuen uns, dem Słońce noch bestätigen zu können, daß diesmal die Tonwidergabe klar und sauber ist. jh.

Inowroclaw

z. **Zwangsversteigerungen.** Das städtische Exekutionsamt Inowroclaw wird am 18. Februar um 10½ Uhr bei der Firma Kuj. Spółce Drzewnej gegen sofortige Barzahlung zum Höchstgebot 140 Meter Bohlen, außerdem am 20. Februar um 10½ Uhr auf dem Targowisku ein Schlafsofa, zwei Wäscheschränke, zwei Waschtoiletten mit Spiegel, eine Schneidermaschine, einen Tisch, zwei Schreibtische, ein Grammophon, zwei Büfetts, eine Waschtoilette, eine Nähmaschine, eine Schreibmaschine, einen Eisenschrank, einen eichnen Schrank und einen Spiegel öffentlich versteigern.

z. **Das Fest der eisernen Hochzeit** begeht am heutigen Tage der hiesige Einwohner Kopec-Kopczyński und seine Ehefrau Antonina.

z. **Ihren Sohn vergiftet.** Am 12. d. M. starb plötzlich das 7 Monate alte Söhnchen Michal der unverehelichten Władysława Budzińska in Tarkowo, Kreis Inowroclaw. Da man vermutete, daß das Kind nicht eines natürlichen Todes gestorben ist, wurde die Leiche untersucht und festgestellt, daß das Kind mit Salzsäure vergiftet worden ist. Die Sache wurde dem Gericht übergeben.

z. **Feuer in der Umgegend.** Am Dienstag vergangener Woche brach auf dem Anwesen des Besitzers Roman Madziesza in Lissewo-Kościelny, Kreis Inowroclaw, gegen 5 Uhr morgens ein Feuer aus, wodurch das Wohnhaus zum größten Teil vernichtet wurde. Der Schaden beträgt 20 000 Złoty, ist aber durch Versicherung gedeckt. Man vermutet, daß ein Racheakt vorliegt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Gnesen

h. Am Sonnabend, dem 14. Februar, hielt der Verband für Handel und Gewerbe, Ortsgruppe Gnesen, gemeinsam mit dem hiesigen Sportverein „Wanderer“ sein diesjähriges Wintervergnügen ab. Das Fest wurde durch eine Ansprache des Vorsitzenden, Herrn G. Wolff, eröffnet. Die Räumlichkeiten der hiesigen Freimaurerloge waren wundervoll geschmückt. Turnerische Vorführungen einer Damen- und Herrenriege, Radfahrvorführungen und Reigentänze trugen zur Verschönerung des Festes wesentlich bei. Gemütliche Stimmung hielt die Gäste lange beisammen.

h. Der Landwirtschaftliche Verein Owieschön (Owieczki), bei Gnesen, hatte in der Zeit vom 5. Januar bis 14. Februar 1931 einen landwirtschaftlichen Fortbildungskursus unter der Leitung des Herrn Diplomlandwirts Bußmann veranstaltet.

Am Sonnabend, dem 14. d. Mts., hielt der Direktor der deutschsprachigen Winterschule in Schroda, Herr Perek, die Abschlußprüfung dieses Kurses ab, zu der außer den 28 Schülern etwa 70 Mitglieder des Vereins erschienen waren. Die Prüfung hatte ein ausgezeichnetes Ergebnis und zeigte, daß sich der Leiter, Herr Bußmann, große Mühe mit seinen Schülern gegeben hatte, was Herr Direktor Perek auch in seinem Schlußwort anerkannte. Der Vorsitzende des Vereins dankte allen Beteiligten. Hierauf machte der Geschäftsführer, Herr v. Hertell, noch einige Ausführungen und dankte ebenfalls im Namen der Welage.

Ein Vergnügen mit Tanz schloß sich der Prüfung an. Ein Theaterstück, Reigentänze und gesangliche Darbietungen der Fortbildungsschüler, auch unter Leitung des Herrn Bußmann, trugen zur Verschönerung des Abends bei. Die fröhlichste Stimmung hielt alt und jung noch viele Stunden zusammen.

Ehemaliger Posener siebzigjährig

Seinen 70. Geburtstag begeht am 17. Februar in voller geistiger Frische der frühere Posener Klempnermeister Richard Ludwig in Fürstenberg a. O. Durch sein tiefes und vielseitiges Wissen bekannt, war er viele Jahre bis zum politischen Umsturz der Vorsitzende der Prüfungskommission bei der Posener Handwerkskammer und gleichzeitig bei der städt. Verwaltung ebenso lange Zeit ehrenamtlicher Armenrat. Seine Wertschätzung veranlaßt auch die Handwerkskammer, Herrn Ludwig als geeigneten Delegierten damals die Pariser Weltausstellung besuchen zu lassen. Mögen dem Geburtstagskinde noch viele Jahre ungetrübter Gesundheit und Rüstigkeit in seinem neuen Heimatort beschieden sein!

Die Artistin Lilian Leitzel gestorben

Kopenhagen, 16. Februar.

Die Artistin Lilian **Leitzel**, die, wie gemeldet, bei einem Luftakt im Varieté „Valencia“ abgestürzt war, ist Sonntag nachmittag ihren Verletzungen erlegen. Noch am Sonnabend weilte ihr Gatte, Alfred **Codona**, der am Berliner Wintergarten auftritt und mit dem Flugzeug hierhergekommen war, an ihrem Krankenlager. Da die Aerzte glaubten, daß keine unmittelbare Gefahr bevorstand, kehrte Codona nach Berlin zurück. Am Sonntag vormittag hieß es noch, die Künstlerin befände sich auf dem Wege der Besserung. Am Nachmittag starb sie plötzlich.

*

Die weltbekannte Artistin hat ein Alter von 38 Jahren erreicht. Ihre Leistungen, insbesondere der Kreuzschwung, den sie unter der Varietékuppel an einem Arm hängend hundertmal und mehr ausführte, waren nach dem Urteil der Fachkreise durchaus **einzig dastehend**. Dementsprechend erhielt Lilia Leitzel auch eine sehr hohe Gage. Sie war die **bestbezahlte Luftakrobatin** der Welt. Ihr Aufstieg glich einem Märchen. Von Breslau nach Amerika und zurück nach Europa, das war der Weg des Ruhmes.

Die Breslauer Artistenfamilie, der sie entstammte, hat schon eine Reihe bekannter Varietékünstler hervorgebracht. Die Mutter Lilians, die als Zahngymnastikerin Zoe ausgezeichnete Leistungen vollbrachte, war bis zum 60. Lebensjahr in ihrem Fach tätig. Ihre Weltberühmtheit erlangte Lilian bei den Brüdern **Ringling** in Amerika, nachdem sie schon vom 14. Lebensjahr an mit der Luftakrobatengruppe **Leany** in allen Erdteilen herumgezogen war. In Chicago lernte sie Alfred Codona kennen, der sich von seiner Frau und Partnerin scheiden ließ, um Lilian zu heiraten. Vor ihrer Abreise nach Kopenhagen hatte die Artistin noch geäußert, sie würde am liebsten das Engagement rückgängig machen. Ihr Ehrgeiz, ohne Netz zu arbeiten, ist ihr zum Verhängnis geworden. Aber keine Vorhaltungen konnten sie dazu bewegen, auf diesen Effekt, ohne den sie sich keine artistische Leistung denken konnte, zu verzichten.

Die **Beisetzung** der Artistin wird voraussichtlich in **Berlin** stattfinden. Alfred Codona beabsichtigt, die Leiche hierher überführen zu lassen. — Das **Gastspiel der Codonas** im Wintergarten, das eigentlich bis zum Ende Februar dauern sollte, ist **abgebrochen** worden.

Die Prohibition in Amerika

Neuyork, 17. Februar. (R.) In Amerika soll die Frage der **Alkoholgesetzgebung wieder aufgerollt werden**. Die erste Kammer des amerikanischen Parlaments hat diejenige Kommission, die zur Prüfung der Alkoholgesetzgebung bestimmt worden war, ersucht, sämtliche Unterlagen für ihren Bericht dem **Parlament zu übermitteln**. Weiter beschloß die erste Kammer, über die Korruption bei den Staatsbeamten infolge des Alkoholschmuggels Sachverständige zu vernehmen. Diese Beschlüsse sind zurückzuführen auf das Bestreben der **Alkoholverbotsgegner**, die die Frage der Alkoholgesetzgebung nicht als abgeschlossen betrachtet wissen wollen. Da seinerzeit der amerikanische Präsident **Hoover** bei der Bekanntgabe des Berichtes der Untersuchungskommission über die Alkoholgesetzgebung sich dahin aussprach, daß die amerikanische Regierung **nicht** eine Aenderung der Alkoholgesetzgebung anregen werde, so wollen nunmehr die **Gegner** des Alkoholverbotes einen Druck ausüben, um eine **baldige Abänderung** der Alkoholgesetze zu erreichen. Deshalb soll vor allem geprüft werden, welche Mißstände durch das Alkoholverbot verursacht worden sind.

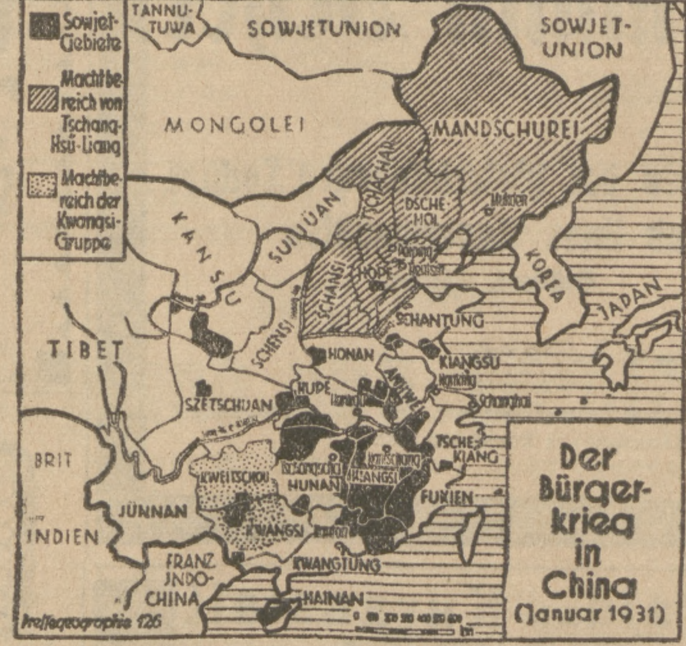
Streik?

Nach einer **Lodzer** Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur haben die „**Praca**“-Verbände und die Christliche Demokratie für den 18. Februar einen **Streik im Lodzer Magistrat** wegen Nichtauszahlung von Gratifikationen an die städtischen Beamten proklamiert. Der Magistrat führt **Verhandlungen** mit den Beamtenverbänden.

Der Bürgerkrieg in China

Januar 1931

In China dauert der Bürgerkrieg zwischen den Truppen der Nanking-Regierung (unter Leitung des Staatspräsidenten Tschiang-kai-schek) und den von den Kommunisten geführten Bauernfreischärlern unvermindert fort. Der Hauptkriegsschauplatz befindet sich in Südchina, wo ausgedehnte, zusammenhängende Gebiete, deren Bevölkerung auf 30—60 Millionen Einwohner geschätzt wird, unter Sowjetherrschaft sich befinden. Die chinesische Rote Armee soll nach japanischen und englischen Angaben über 300 000 Soldaten, die in 18 Armeekorps operieren, verfügen. Auf dem im Dezember 1930 stattgefundenen chinesischen Sowjetkongreß ist eine einheitliche politische und militärische Leitung geschaffen worden.



In **Nordchina** wurde im November vorigen Jahres durch Ausscheiden der Generale Feng und Jen, der Bürgerkrieg **beendet**. Tschiang-kai-schek überließ seinem Verbündeten, dem mandschurischen Diktator Tschang-hsü-liang, die früher von Jen verwalteten Provinzen Nordchinas, um im Süden freie Hand zu haben. Diesem Ziel gelten auch die gegenwärtig stattfindenden Friedensverhandlungen mit der feudalen Kwangsi-Gruppe, die bedeutende Gebiete in Südchina beherrscht. Dank dieser Maßnahmen konnte seit Ende Dezember die ganze militärische Kraft der Nanking-Regierung gegen die **Kommunisten** eingesetzt werden. Trotzdem verläuft der Feldzug bisher für die Regierung vollständig erfolglos, da ihre demoralisierten Truppen, die seit Monaten ohne Löhnung und Verpflegung gelassen wurden, divisionsweise zu den Roten überlaufen oder aber auf dem schwierigen Gebirgsterrain durch die Guerillataktik der einheimischen Partisanen zermürbt werden. Die Nanking-Regierung beabsichtigt nun, ihre bestdisziplinierten Truppen aus der Hauptstadt für den entscheidenden Kampf einzusetzen.

Zwanzig Ziele

Die U-Bootfahrt nach dem Nordpol

Keine Nur-Sensation

In einem längeren Artikel gibt Kpt. Wilkins seine Meinung über die sensationelle Nordpolfahrt bekannt. Dort heißt es an einer Stelle:

Bei ruhiger Ueberlegung wird man zu der Ansicht kommen, daß die geplante Expedition weder der unmögliche Traum eines verrückten Forschers noch ein Abenteuer ist, dessen Reiz darin besteht, dem Tod ins Auge zu sehen und ihn zu überlisten. Die Expedition hat viele **Ziele**, von denen zwanzig, die mir gerade einfallen, hier aufgeführt werden mögen:

1. Festzustellen, ob es möglich ist, eine **dauernde Basis** für Forscher auf dem Eis zwischen dem Nordpol und Point Barrow in Alaska zu errichten. Eine solche Basis würde besonders wertvoll sein in Verbindung mit der Absicht, unter der Leitung der Aeroarktischen Gesellschaft meteorologische Beobachtungen vorzunehmen.
2. Die **Tiefenverhältnisse** des Polarmeeres zu erforschen.
3. **Proben des arktischen Seewassers** in verschiedenen Tiefen zu sammeln und auf ihren animalischen und mineralischen Gehalt zu prüfen.
4. Die Schnelligkeit und Richtung der **Strömungen** innerhalb des Polarmeeres festzustellen.
5. Die **Sommertemperaturen** von Wasser, Eis und Luft der Arktis in verschiedenen Tiefen und Höhen zu messen.
6. Die Umrisse und die Ausdehnung der sogenannten **Kontinentalen Bank** im Polarmeer festzustellen.
7. Die **magnetischen** Abweichungen und die horizontale und vertikale magnetische Kraft in hohen nördlichen Breitegraden zu bestimmen.
8. Physikalische Experimente mit dem **Gyro-Kompaß** am Nordpol anzustellen.
9. Den „Gipfel“ der Erde mittels der Schwerkraftmaschine zu **wiegen**.
10. **Seismische** Untersuchungen anzustellen.
11. Den geologischen Zustand der Erdkruste am Nordpol zu studieren und Feststellungen über den **Ursprung der Erde** zu machen.
12. **Drahtlose Experimente** auf dem abgeflachten Teil der Erdoberfläche anzustellen.
13. An dem Punkt, welcher der Erdachse am nächsten ist, Versuche mit **drahtloser Stimmübertragung** zu machen.
14. Die **Kraft des Sonnenlichts** an dem Punkt der Erde zu bestimmen, der am weitesten von der Sonne entfernt ist.
15. Den Einfluß des Lichts auf die Entwicklung des **tierischen und pflanzlichen Lebens** über und unter dem Wasser zu untersuchen. **(Wie bekannt, gibt es in den arktischen Gewässern mehr Leben als anderswo auf der Erde.)**
16. **Meteorologische** Beobachtungen in hohen nördlichen Breitegraden anzustellen, an der Erdoberfläche sowohl wie in hohen Luftregionen.
17. Die Bildung und den Zerfall des **Eises** unter der Oberfläche des Polarmeeres zu beobachten.
18. Den Einfluß niedriger Temperaturen auf **Unterseeboote**, ihre Batterien und Maschinen zu untersuchen.
19. Zu beweisen, daß Unterseeboote geeignet sind, den **Hudson-Bai-Distrikt** in Kanada zu erschließen und zu entwickeln.
20. Darzutun, daß Unterseeboote geeignet sind, zwischen Amerika und Europa einen **Unterseefrachtverkehr** auf dem Wege über die Hudson-Bai einzurichten, der billiger ist als der gewöhnliche Weg.

Fünfjahresplan der Gottlosen

Die in Berlin beabsichtigte Gottlosenzentrale will ähnlich wie in Sowjetrußland nach einem Fünfjahresplan arbeiten. Das Ziel ist die Gewinnung von 20 bis 25 Millionen Atheisten in Europa, die eine Kampfgruppe gegen die Kirche darstellen sollen. Der Einfluß der Geistlichen soll untergraben und die „Verlogenheit der kirchlichen Wohltätigkeit“ entlarvt werden. Man rechnet bereits im Jahre 1931 mit einem großen Erfolg, da man die Absicht hat, sich auf die bereits bestehenden freidenkerischen Organisationen zu stützen.

Bekanntlich brachte der vorjährige Kongreß der Freidenker in Bodenbach eine Spaltung der „Internationale proletarischer Freidenker“. Nach dieser Spaltung nannte sich die kommunistische Minderheit „Internationale der kämpfenden Gottlosen“. Um die Niederlassung dieses Verbandes in Berlin handelt es sich wahrscheinlich, da der alte Verband „Internationale proletarischer Freidenker“ seinen Sitz weiterhin in Wien behält. Die Ausdehnung dieser Arbeit erfüllt die deutsche Oeffentlichkeit mit schweren Sorgen und ist auch für Europa nicht unbedenklich, da gerade von Berlin aus starke Verbindungsfäden nach allen Richtungen gezogen werden können.

Posener Tageblatt

Mit den Beilagen:

Sonntag: Die Welt der Frau. — Kinderland.
Dienstag: Illustrierte Sportbeilage.
Mittwoch: Recht und Steuern.
Donnerstag: Unsere Heimat.
Freitag: Aus aller Welt.
Sonnabend: Der Kulturspiegel.

*

Dazu die täglich erscheinende Unterhaltungsbeilage **„In freier Stunde“** und die vierzehntägig erscheinende illustrierte Beilage **„Die Zeit im Bild“**.

Zu Bodelschwinghs 100. Geburtstage

Am 6. März jährt sich zum 100. Male der Geburtstag eines der größten Männer, die es überhaupt in der christlichen Liebesarbeit gegeben hat, des Gründers der **Betheler Anstalten**, des Vaters der Epileptischen und der Brüder von der Landesstraße, Friedrichs v. Bodelschwingh. In eigenartiger Lebensführung wurde der Ministersohn und Spielgefährte des späteren Kaisers Friedrich von der Landwirtslaufbahn zur Mission und zum Theologiestudium geführt und fand schließlich nach schwersten Schicksalsschlägen in seiner Familie sein Lebenswerk, den Aufbau von Bethel.

Die Bedeutung dieses Mannes und seiner Arbeit ist so groß, daß weder evangelische Kreise noch Menschen, die überhaupt der sozialen Arbeit Interesse entgegenbringen, an dieser Hundertjahrfeier vorübergehen können. Die Arbeit von Bethel ist vorbildlich geworden für ähnliche soziale Arbeit in Deutschland und auch das Ausland kann dieser weitverzweigten Fürsorge seine Bewunderung nicht versagen. Der 6. März wird vor allem von den Kirchengemeinden festlich begangen werden, aber auch die Schulen sollten nicht versäumen, wenigstens im Religionsunterricht dieses bedeutenden Mannes zu gedenken. In Preußen hat ein Erlaß des preußischen Kultusministers die Schulen dazu aufgefordert, und auch bei uns in Polen sollte ein solches Gedenken selbstverständlich sein.

Aus dem Zuge gestürzt

Wie die Lemberger Presse meldet, ist gestern neben dem Bahngleis bei Zurawica die Leiche des Bahnschaffners Antoni **Ziembicki** gefunden worden, der mit dem Zuge dienstlich von Lemberg nach Krakau fuhr. Ziembicki ist wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit aus dem Zuge gefallen und erlitt auf der Stelle den Tod.



Die Königin von Jugoslawien an Blattern erkrankt.
Königin Maria von Südslawien, eine Schwester des Königs Carols II. von Rumänien, ist bei einem Besuch ihrer Mutter, der Königinmutter Maria in Rumänien, an Blattern erkrankt. Die anfängliche Vermutung, es handle sich um schwarze Blattern, scheint sich nicht zu bestätigen. — Unser Bild zeigt sie mit ihren Kindern.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: **Alexander Jursch**. Für Handel und Wirtschaft: **Erich Loewenthal**. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: **Erich Jaensch**. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage: „Die Zeit im Bild“: **Alexander Jursch**. Für den Anzeigen- und Reklameteil: **Hans Schwarzkopf**. Verlag „Posener Tageblatt“. Druck: Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Die letzten Telegramme

Riesenunterschlagungen in Glasgow

London, 17. Februar. (R.) Nach Blättermeldungen aus **Glasgow** hat die Polizei gestern den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Scottish Amalgamated Silks, 6 Direktoren der gleichen Gesellschaft sowie 4 andere Personen verhaftet, die, „Daily Telegraph“ zufolge beschuldigt werden, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen, Gelder in Höhe von 438 000 Pfund Sterling hinterzogen zu haben. Die genannte Gesellschaft war im Herbst v. J. freiwillig in Liquidation getreten.

Schwere Zusammenstöße im Hafen von Le Havre

Paris, 17. Februar. (R.) Im Hafen von **Le Havre** kam es gestern nachmittag zu **schweren Zusammenstößen** zwischen Dockarbeitern und durch republikanische Garde verstärkter Polizei. Auf zwei im Hafen liegenden Schiffen arbeiteten nämlich **Dockarbeiter** zu den neuen Bedingungen der Arbeitgeber, die die Einstellung auch tageweise, anstatt wie bisher wochenweise erlauben. Andere Dockarbeiter, die mit dieser neuen Arbeitsregelung nicht einverstanden sind, drangen auf diese beiden Schiffe und hinderten ihre Kollegen an der Arbeit, so daß die **Polizei eingriff**. Es kam zu ziemlich heftigen Zusammenstößen, in deren Verlauf fünf Personen schwer und etwa 15 Personen, darunter auch drei Hafenarbeiter, **leicht verletzt** wurden.

Luftmanöver

Neuyork, 17. Februar. (R.) In den Vereinigten Staaten von Amerika werden **große Luftmanöver** abgehalten werden. Wie das amerikanische Kriegsministerium mitteilt, werden Ende Mai mehr als 650 Armeeflugzeuge über Neuyork und anderen Städten an der Ostküste der Vereinigten Staaten Luftmanöver veranstalten.

Die englische Arbeitslosenfürsorge

London, 17. Februar. (R.) Das englische Abgeordnetenhaus stimmte gestern dem Antrage der Regierung zu, den **staatlichen Zuschuß** zur englischen Arbeitslosenversicherung um 400 Millionen Mark zu **erhöhen**. Die Regierung erklärte in der Debatte, daß der Ausschuß, der Reformvorschläge zur Arbeitslosenversicherung machen soll, seinen Bericht **nicht vor Mai fertigstellen** werde. Ein entsprechender Gesetzentwurf könnte daher nicht vor dem Herbst im Parlament eingebracht werden.

Sonntag abend 9 Uhr verschied nach langem Leiden unsere Mutter, Schwieger-, Groß- u. Urgroßmutter

Frau

Pauline Quast

im Alter von 82 Jahren.

Poznań, den 17. Februar 1931.

Paul Quast.

Die Beerdigung findet am Mittwoch ½4 Uhr nachmittags von der Kapelle des St. Paulikirchhofes aus statt.

Unter der Last schwerer Schicksalsfälle verschied gestern infolge Herzschlages der

Bürgermeister a. D.

Hermann Beyer

im 85. Lebensjahr.

Im Namen der hinterbliebenen Tochter und ihrer Anverwandten

Blümel, Pfarrer.

Kórnik, den 17. Februar 1931.

Die Beisetzung findet Donnerstag, den 19. d. Mts., nachm. 3 Uhr vom Trauerhause in Kórnik aus statt.

W. Mewes Nast. Poznań

Transport mebli W. Mewes Nast. Poznań

Nr 12

W. MEWES Nachf.

Poznań, św. Wojciech 1 (St. Adalbertstr.)

Tel.-Adresse	Gegründet	Fernsprecher
Transportmewes	1900	3356-2335

Spezialgeschäft für Möbeltransporte.

Uebernahme kompletter Umzüge mittels Möbelwagen von und nach allen Orten des In- und Auslandes — Transportversicherung — Packergestellung — Lagerung.

Auskünfte, Offerten, evtl. Vertreterbesuch bereitwilligst und kostenlos.

Vereinigte technische Lehranstalten des

Technikum Mittweida (Deutschland)

Höhere technische Lehranstalt (Ingenieurschule) für Elektrotechnik und Maschinenbau. Sonderstudienpläne für Automobil- und Flugtechnik und Betriebswissenschaft. Technikerschule. Progr. kostenlos v. Sekretariat.

NIETZSCHE

Billigste

neue Einzelausgaben

(im Verlage A. Kröner, Leipzig)

Auf bestem holzfreien Papier

Einbände: Professor H. Hußmann

Gedichte

Kartoniert M. 0,40

Jenseits von Gut und Böse

Mit Nachwort von *Prof. Dr. Alfred Baeumler*

Geheftet M 1,10, Ganzleinen M 1,75

Zur Genealogie der Moral

Mit Nachwort von *Prof. Dr. Alfred Baeumler*

Geheftet M 0,80, Ganzleinen M 1,20

Also sprach Zarathustra

Mit *Peter Gasts* „Einführung" und Nachwort von *Prof. Dr. Alfred Baeumler.* 428 Seiten

Geheftet M 1,10, Ganzleinen M 1.75

Auslieferung für Polen durch die **Concordia Sp. Akc. Poznań** Abt. Groß-Sortiment. Zwierzyniecka 6.

Drahtgeflechte

4- und 6eckig für Gärten und Geflügel

Drähte · · Stacheldrähte

Preisliste gratis

Alexander Maennel

Fabryka ogrodzeń drucianych

NOWY TOMYŚL 5 (Woj. Pozn.)

W. Patyk's Pralinen und Schokoladen die Besten!

Aleje Marcinkowskiego Nr. 6.

Suche zum 1. April eine **Köchin oder Wirtin** firm im Kochen, Backen, Einwecken und Behandlung des Federviehs. Zeugnisse u. Gehaltsanspr. zu senden an

Baronin von Leesen

Trzebiny, p. Święcichowa, pow. Leszno.

Lewaldsche Kuranstalt

früher **Dr. Loewenstein**

Bad Obernigk bei Breslau

an der Schnellzugslinie Poznań—Breslau. — Telefon: Obernigk Nr. 301.

SANATORIUM FÜR NERVEN- UND GEMÜTSKRANKE.

Erholungsheim. Entziehungskuren. Drei Aerzte.

Leit. Arzt: **Prof. Dr. Berliner**, Facharzt für Psychiatrie u. Nervenkrankheiten. **Dr. W. Fischer**, Nervenarzt.

Kino Renaissance, Poznań ul. Kantaka 8-9

Heute und folgende Tage

Iwan Mozżuchin

in einem der schönsten französischen Filme unter dem Titel:

„Das Golgatha einer unschuldigen Frau"

Im ganzen 24 Akte.

CONCORDIA SP. AKC.

früher

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt A.-G.

Tel.: 6105, 6275. Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.



Geschäfts- und Familien-Drucksachen in geschmackvoller Ausführung. Kartonagen, Faltschachteln, Packungen aller Art. Druck von Büchern, Broschüren, Plakaten, Bildern, Werbe-Drucksachen in Buch-, Stein- und Offsetdruck.

BUCHBINDEREI

Sämtliche Formulare und sonstigen Drucksachen für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe.

KINO WILSONA, Łazarz

Ecke ulica Strusia Matecklego

Ab heute das gewaltige Filmwerk

Fürstenblut

Hauptrollen: **Rudolf Valentino, Bebe Daniels.**

Beginn 5, 7 und 9 Uhr

Deutsche Landwirte!

Habe von meinen Parzellierungen stets Güter, Restgüter, kleine Landwirtschaften und Arbeiterstellen in der Neumark, Grenzmark, Schlesien und Pommern abzugeben.

Paul Salomon, Aufteilung und Besiedelung von Gütern

Landsberg (Warthe), Küstriner Str. 24. Telefon 897.

Zur Ausnutzung unserer Einrichtungen suchen wir zum 1. Juli 1931 einige landwirtschaftliche Betriebe zwecks Anschluß an unsere **Buchstelle.** (Lieferung weitgehend detaillierter Jahresabschlüsse, Kalkulationen, Steuerberatung.)

Anfragen erbittet möglichst bis Ende März

Buchstelle der Herrschaft Klenka

Post Nowemiasto n. W., Kreis Jarocin.

Telefon Nowemiasto n. W. Nr. 11.



TEE „KORONA"

Erhältlich in allen Filialen der Lebensmittelgrosshandlung „KORONA"

Chemisch - analytisches Laboratorium

für Industrie, Landwirtschaft, Handel u. Gewerbe

E. Kettler, Poznań

Piekary 16/17, im Hause der Westpolnisch. Landw. Gesellschaft.

Untersuchungen

von Futter- und Düngemitteln, Oelen und Fetten, Wasser, Lebensmittel u. Gebrauchsgegenständen. Bodenuntersuchungen n Methode **Prof. Dr. Neubauer.**

Konditorei u. Kaffee G. Erhorn

Poznań

Fr. Ratajczaka 39

Tel: 32-28.

Gegr. 1878

H. Seeliger

Poznań, św. Marcin 43, neben d. Schloss

Handschuhe

aller Art für Damen und Herren

Krawatten, Oberhemden, Kragen, Hosenträger, Mützen, Socken u. a. m. zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Korrespondent u. bilanzsich. Buchhalter der deutsch. u. polnischen Sprache mächtig, sucht ab 1. März passende Stellung. Prima Zeugnisse und Referenzen vorhanden. Off. unter **721** an die Geschst. d. Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wäsche nach Maß

Daunen-Decken

Eugenie Arlt, św. Marcin 13 I.

Pelze jetzt bis **50%** herabgesetzt. Herrenpelze wegen Auflösung noch billiger. **B. Hankiewicz, Poznań**, ul. Wielka 9 (Eing. ul. Szewska)

Wohnung

4—5 Zimmer von sofort **gesucht.** Offerten u. **720** a. d. Geschäftsst. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Buchhalter(in) (allererste Kraft), für landwirtschaftl. Bücher, Deutsch u. Poln. in Wort und Schrift, mit guter Allgemeinbildung b. hoh. Gehalt **gesucht.** Angeb. mit Lebensl. u. Zeugnisabschr. u. **D. A. P. 713** a. d. Geschäftsst. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Für einen jungen Mann, der seine Lehrzeit beendet, suche sofort od. 1. 4. d. Jhr. **Stellung** als Gehilfe. **R. Goetz, Dobrzyca** Getreide- u. Kolonialwaren.

Ca. 450 lfd. Mtr. Feldbahngleise, diverse Weichen u. Loren, die auf der Station Kiszewo bei Oborniki lagern, haben zu verkaufen **W. Reschop,** G. m. b. H., **Danzig,** Schopenhauerweg 17.

Dame sucht **Stellung in Bank- oder Privatunternehmen.** Deutsch u. Polnisch in Wort u. Schrift, sowie Stenogr., Schreibm., Buchhalt. Gute Zeugnisse u. Referenzen vorhanden. Gefl. Ang. u. **1761** a. d. Geschäftsst. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Junger Mann aus der **Getreidebranche** mit sehr guten Zeugnissen und Empfehlungen **sucht passende Stellung.** Ort gleichgültig. Off. unt. **336** a. d. Geschäftsst. d. Zeitung, Poznań, Zwierzyniecka 6.

Pianos viel preisw. als Fabrikate v. Nichtfachleut. hergestellt, empf. in gr. Ausw. a. best. gepflegt. Material., guter Verarb. u. m. reell. Garantie **Größte und leistungsfähigste Pianofortefabrik in Polen**

B. Sommerfeld

Bydgoszcz, ul. Śniadeckich 56.

Gute gebrauchte Pianos und Harmoniums ständig auf Lager. Verlangen Sie bitte Offerte.

Suche für sof. ein. tüchtigen evgl. **Inspektor**. Gefl. Angebote unter **708** an die Geschst. dieser Ztg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Verwenden Sie während der kalten Jahreszeit zum Schmieren Ihrer Maschinen nur **kaltbeständige Ampol-Oele** und Sie sparen viel Ärger, Zeit und Geld! Alleinvertrieb **Karl Sander**, Poznań, Sew. Mielżyńskiego 23.

Verkaufe ca. 500 fm **Kiefernlangholz**, 50 fm **Pappel-** und 10 fm **Erlennutzholz**, Äst- und Beulenfrei. **v. Wentzel'sche Forstverwaltung.** Försterei Belęcin pow. Wolsztyn.